

PARITÄTREPORT

3 | 2017



- Das große Rechnen: Träger hadern mit freiwilligen Leistungen
- Für Vielfalt und Toleranz: Positionspapier verabschiedet
- Für ein gerechtes Niedersachsen: Die Landtagswahl steht an



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt:

Birgit Eckhardt, Vorsitzende

Redaktion

Bereich Grundsatzfragen und
Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke und Uwe Kreuzer
Tel. 05 11 / 5 24 86-353
report@paritaetischer.de

Druck

Sattler Direct Mail GmbH & Co. KG,
Hildesheim

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelbild: Gina Sanders/fotolia.com

Für humane Flüchtlingspolitik – gegen Hass und Ausgrenzung

Broschüren des Gesamtverbands zum Download

Nach Angaben der Vereinen Nationen sind derzeit mehr als 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht – vor Diktatur, Verfolgung, Bürgerkrieg, Armut und sozialem Elend in ihrem Land. Tausende von Menschen verlieren ihr Leben auf der Flucht nach Europa. Die anfängliche Offenheit bei der Aufnahme von Geflüchteten hat sich in eine zunehmend restriktive Flüchtlingspolitik umgewandelt. Vor diesem Hintergrund hat der Paritätische in dem Flyer „Für eine humane Flüchtlingspolitik“ Forderungen an Bund und Länder zusammengestellt. Der Flyer steht auf www.paritaetischer.de zum Download, ebenso wie „Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung“, eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus.



Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen folgender Angaben Ihrer Organisation:

- Anschrift
- Telefonnummer
- Faxnummer
- E-Mailadresse
- Wechsel Vorstand
- Wechsel Geschäftsführung
- Name/Rechtsform.

Senden Sie die Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Astrid Schöne, Tel. 05 11 / 5 24 86-397 Fax 05 11 / 5 24 86-333 astrid.schoene@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter/-innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Kontaktdaten, siehe linke Spalte). Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zwei große, wichtige Wahlen – damit hätten wir zu Beginn des Jahres nicht gerechnet. So aber werden im Herbst 2017 die Weichen neu gestellt, für Deutschland, aber vor allem für Niedersachsen.

Ein Beispiel: Bildung ist Ländersache und verlässliches Top-Thema im Wahlkampf. Zurzeit wird in Niedersachsen viel darüber geredet, ob der gemeinsame Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung der richtige Weg ist. Ob die Inklusion nicht eine (Denk-)Pause braucht. Nein, braucht sie definitiv nicht. Die UN-Behindertenrechtskonvention, von der Bundesrepublik ratifiziert, sieht Inklusion, sieht echte Teilhabe und gleiche Lebensbedingungen in allen Lebensbereichen vor. Also keine Pause, im Gegenteil: Die Inklusion muss vorangetrieben werden. Dafür braucht es Personal und Geld.

Die im Wahlkampf versprochene Beitragsfreiheit für Kindergärten ist ein weiteres Beispiel: Die Beitragsfreiheit entlastet nur einige wenige, da ALG-II-Empfänger und Geringverdiener davon sowieso befreit sind. Das hierfür vorgesehene Geld sollte besser in die seit Langem geforderten und dringend notwendigen Standardverbesserungen in der Kindertagesbetreuung investiert werden.

Ein Top-Thema muss die Pflege sein. Sie muss endlich zur Chefsache werden. Lippenbekenntnisse („Der Beruf soll attraktiver werden“) reichen nicht, wenn man sieht, dass die Kassen im Bereich der häuslichen Pflege zurzeit nicht mal mehr bereit sind, die Grundlohnsummensteigerung von 2,79 Prozent weiterzugeben. Und das in Zeiten, in denen schon jetzt Pflegedienste Menschen abweisen müssen, weil es nicht genügend Pflegekräfte für die Versorgung der Pflegebedürftigen gibt und Pflege oft nur unter Aufbietung aller Kräfte der vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt werden kann. Wenn die Politik es tatsächlich ernst damit meint, dass jeder Mensch die Lebenssituation und auch Pflege haben können soll, die seine individuelle Situation erfordert, ist hier sehr viel mehr vonnöten als ein Lob für die aufgebrachte Nächstenliebe. Also: Chefsache!

Eine Weiche hin zu besseren Lebensbedingungen sollte die Novelle der Bauordnung stellen. Sie sollte für mehr Barrierefreiheit im Wohnungsbau und im Gaststätten- und

Beherbergungsgewerbe sorgen. Die Beratungen zogen sich über Jahre hin, am Ende herrschte ein parteiübergreifender Konsens dafür. Nach dem Partei- und Fraktionswechsel

von Elke Twesten zur CDU sind in der letzten Sitzung des Niedersächsischen Landtags von der Novelle lediglich die mobilen Hühnerställe übriggeblieben. Die Regelungen zur Barrierefreiheit wurden mit den Stimmen der FDP und CDU gekippt. Das betrifft eine Million Menschen mit Behinderung in Niedersachsen und alle Menschen, die in unserem Land älter werden und auf barrierefreies Wohnen angewiesen sind. Da bleibt von gleichen Lebensbedingungen nicht viel übrig.



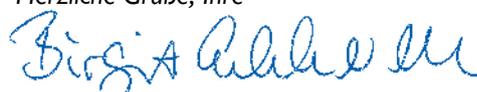
Ein prominentes Wahlkampfthema ist auch die innere Sicherheit. In Zeiten, in denen die Gefahr des Terrorismus in unseren Lebensalltag Einzug gehalten hat, absolut nachvollziehbar. Nur: Der Ruf nach mehr Sicherheit darf nicht dazu benutzt werden, etwa die Integration von Flüchtlingen einzufrieren. Im Gegenteil, hier müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen. Gelungene Integration steht auf vier Säulen: Sprache, Wohnung, Arbeit und Freunde. Die jungen Flüchtlinge benötigen unser besonderes Augenmerk, auch über das 18. Lebensjahr hinaus.

Diese Überlegungen dürfen auch nicht dazu führen, dass die freiwilligen Leistungen weiter auf den Prüfstand gestellt werden. Bereits jetzt sind viele freie Träger in diesem Bereich vom „good will“ und der Finanzkraft der Kommune, in der sie tätig sind, abhängig. Das im Grundgesetz verankerte Subsidiaritätsprinzip wird zunehmend weniger beachtet, weil Kommunen Aufgaben lieber selbst übernehmen in der Vorstellung, sie könnten das billiger machen.

Ein soziales Niedersachsen, wie wir es brauchen, benötigt Vielfalt. Das bedeutet auch Trägervielfalt. Seien Sie versichert: Auch nach der Landtagswahl werden wir uns weiterhin einmischen und für ein soziales Niedersachsen einsetzen.

In diesem Sinne: Gehen Sie wählen!

Herzliche Grüße, Ihre



Birgit Eckhardt,
Vorsitzende

www.spezial-kommunikation.de

transpari

ganz

nah



 **DER PARITÄTISCHE**
NIEDERSACHSEN

transpari – Bürgerstiftung
im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

Gandhistraße 5A
30559 Hannover

Telefon 0511 / 52 486 350
Telefax 0511 / 52 486 333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7 4102 00

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 251205 10

Ausgabe 3-17

Impressum.....	2
Editorial	3

Schwerpunkt: Freiwillige Leistungen

Für mehr Verlässlichkeit - Soziale Akteure hadern mit dem System der freiwilligen Leistungen	6
Die unsichere Finanzierung von Frauenberatungsstellen ..	8
Straffälligenhilfe wirkt erneuten Straftaten entgegen, wird aber unzureichend finanziert	10
Sparzwang führt zu Bäderschließung und Unterrichtsausfall	11
Flüchtlingssozialarbeit finanziert sich über befristete Richtlinien und Projekte	12
Männerbüro Hannover handelt sich von Förderung zu Förderung	13
Lebensberatung in der Region Hannover: Der tägliche Kampf ums Geld	15
VAMV fordert verbindliche und auskömmliche Finanzierung durch das Land.....	16

Einer für alle(s)

Die Forderungen des Paritätischen an die nächste Landesregierung.....	18
Broschüren mit Wahlforderungen digital erhältlich ...	19
Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) – kommt es noch?	22
„Für Vielfalt und Toleranz“: Verbandsrat des Paritätischen Niedersachsen verabschiedet Positionspapier..	22
Transformation unserer Welt: Agenda 2030 und Nachhaltigkeitsstrategie	24
Die Bedeutung außerschulischer Lernorte	25
Jobcenter in Hannover muss sparen: Kürzungen bei den Eingliederungsleistungen.....	26
Fachkongress des Deutschen Taubblindenwerks.....	27
Stabilisierungsgruppe für psychisch erkrankte Eltern	28
Fachtag zur ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung stößt auf große Resonanz	29
Perspektive gGmbH ist neue Tochtergesellschaft des Paritätischen Niedersachsen.....	30
Friedrich Stubbe neuer VdK-Landesverbandsvorsitzender	30
70 Jahre Paritätischer – machen Sie mit!	30
Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt.....	31
Verbandsjubiläen	33

Bunte Vielfalt sozial gestalten

Der Musik-in-Liner wird sesshaft	34
Paritätischer bei der „Fête de la Musique“	35
Auszubildende der Lebenshilfe Braunschweig startet im Berufsleben voll durch	36
Abschlussbericht zum Projekt „Café Spieloase“	37
Umweltbewusste Flüchtlinge erarbeiten Alternativen zum Konsum.....	38
Bundespräsident zu Gast bei den Hannoverern Werkstätten	39
Saniertes Bettenhaus im Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult eröffnet.....	40
Theaterprojekt des Albert-Schweitzer-Familienwerks fördert Zusammenhalt	41
Blinden- und Sehbehindertenverband veranstaltet Konzert im Sinnesgarten	42
SoVD in Niedersachsen feiert Jubiläum.....	43
60 Jahre Lobby für Kinder in Niedersachsen.....	44
Kinderhaus Blauer Elefant feiert 20-Jähriges	45
Kinderzirkus Kimarek feiert 30-jähriges Bestehen ...	46
„Schlag den Krebs!“: Präventionskampagne richtet sich an Kinder und Jugendliche.....	48
Der Paritätische Stellenmarkt.....	50

Service

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen	56
Fachbereiche des Paritätischen.....	57
Abteilungsleitungen des Paritätischen.....	58
Arbeitskreise des Paritätischen.....	58
Mitglieder des Verbandsrats.....	59
Verbandsadressen.....	60

Für mehr Verlässlichkeit

Soziale Akteure hadern mit dem System der freiwilligen Leistungen

„Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht.“ Wer in der sozialen Arbeit tätig ist, kennt diesen Satz nur zu gut. „Zuwendungen“, das sind die freiwilligen Leistungen des Staates, von denen ein großer Teil der sozialen Arbeit abhängig ist. Das sind die Leistungen, für die ehrenamtlich geführte Vereine genauso wie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer größerer Einrichtungen Jahr für Jahr neue Anträge stellen müssen. Wo eine Landesregierung, die Kommission der Europäischen Union oder der Rat einer niedersächsischen Gemeinde schon mal mit einer einzigen Entscheidung ganze Angebote vor das Aus stellt.

Wer Anspruch auf Arbeitslosengeld I oder ALG II hat, das ist in den entsprechenden Gesetzen klar geregelt. Für die Behindertenhilfe gilt das zumindest zum Teil. Für die personelle und sachliche Ausstattung von Kindergärten geben Landesgesetze ei-

nen Rahmen vor. Will eine Kommune darüber hinausgehen – kein Problem. Aber vorgeschriebene Raumgrößen und Betreuungsschlüssel unterschreiten darf sie nicht. Wo aber ist geregelt, dass eine Gemeinde eine öffentliche Bibliothek unterhalten muss? Ein Schwimmbad? Eine Beratungsstelle für Menschen in Problemlagen?

Derlei Leistungen werden gern vom Grundgesetz abgeleitet, im Falle der Bibliotheken mit Artikel 5, Absatz 1, dem Recht, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“. Aber dann folgen die Föderalismusparagrafen, Artikel 20 und 30, der neu gefasste Artikel 91b („Kulturhoheit der Länder“) und der Abschnitt über das Subsidiaritätsprinzip in Artikel 28, Absatz 2: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Ein schöner Gedanke, den auch die Freie Wohlfahrt pflegt: Oft ist es besser, Akteure vor Ort walten zu lassen, als dass ein Bundesland, der Bund oder die EU alles bis in kleinste Detail regelt und selbst organisiert. Schließlich ist nicht jeder Landkreis wie der andere, von Kommune zu Kommune gibt es große Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung und also in der Notwendigkeit, bestimmte Angebote einrichten zu müssen. Zumal in einem Flächenland wie Niedersachsen, wo der demografische Wandel mit aller Macht zuschlägt.

Allerdings besteht der Unterschied nicht nur darin, bestimmte Angebote machen zu **müssen**. Sondern auch darin, sie machen zu **können**. Dem Länderfinanzausgleich und ähnlichen Instrumenten auf Länderebene zum Trotz: Die wirtschaftliche Situation der Gemeinden im Land ist höchst verschieden. Das lässt sich dann unter anderem daran ablesen, wie viel Geld



Familienglück: Manchmal, wenn es nicht so gut läuft wie hier, brauchen Menschen Hilfe. Ob es die gibt, darf dann nicht vom Geldbeutel des Wohnorts abhängen. Foto: Vanda Lay/photocase.de



Daseinsvorsorge: Öffentliche Bibliotheken und die Ganztagsbetreuung in der Schule dürfen nicht zum Sparmodell werden. Eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung muss für alle Felder der sozialen Arbeit sichergestellt werden.

Foto: pressmaster/fotolia.com

Kommunen in freiwillige Leistungen investieren.

„Freiwillig“, das klingt an dieser Stelle nach Bonus, nach der Kirsche auf der Sahnetorte. Der Gedanke greift zu kurz. Nur weil bestimmte Leistungen nicht entgeltfinanziert sind, sind sie trotzdem dringend notwendig. Beispiel Flüchtlingshilfe: Die wenigsten Angebote zur Unterstützung der Integrationsarbeit sind langfristig gesichert. Ein erster Rückbau von Maßnahmen zeichnet sich bereits ab. Dabei wird doch die Arbeit nicht weniger, nur weil jetzt weniger neue Flüchtlinge nach Niedersachsen kommen. Die eigentliche Arbeit beginnt gerade erst.

Verlässlichkeit, Planungssicherheit sind wichtig für die Träger. Wichtig, um gute Arbeit leisten zu können. Wichtig, um gutes Personal zu akquirieren. Wer bewirbt sich schon in Zeiten des Fachkräftemangels auf eine Stelle, die es in zwei Jahren garantiert

nicht mehr gibt? Der Fachkräftemangel hat in der sozialen Arbeit längst dramatische Ausmaße angenommen.

Verlässlichkeit ist auch wichtig für die Menschen im Land. Gerade in wirtschaftlich schwachen Gemeinden, wo Beratungs- und Unterstützungsangebote dringend nötig sind, sind ebendiese Einrichtungen abhängig von Zuwendungen höherer Ebenen. Und wenn die Landesrichtlinie ausläuft, wird die Beratungsstelle geschlossen. Gibt es kein Quartiersmanagement mehr. Kein „Essen auf Rädern“. Die Freie Wohlfahrt trägt im ländlichen Raum massiv zur Daseinsvorsorge bei. Aber ohne eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung geht das auf Dauer nicht. Das Angebot an sozialen Unterstützungsleistungen darf nicht vom Geldbeutel der jeweiligen Kommune abhängig sein.

Allein der alltägliche Kampf mit der Bürokratie bringt viele an ihre Grenzen. Im Gespräch berichten Ge-

schäftsführerinnen und Geschäftsführer, dass sie ihrer eigentlichen Arbeit kaum noch nachgehen können, weil sie ständig Förderanträge und Dokumentationen ausfüllen müssen. Darunter leidet die Qualität. In vielen Fällen ließe sich das vermeiden. Mit Förderrichtlinien, die auch mal über die nächste Landtagswahl hinausreichen; indem das Land das Windhundprinzip abschafft, das vielen Programmen zugrundeliegt.

Es gibt viele Ansatzpunkte, die soziale Arbeit zu erleichtern, den „Druck vom Kessel“ zu nehmen. Dafür muss nicht alles gesetzlich geregelt werden. Aber etwas mehr Verantwortung an höherer Stelle, mehr Verlässlichkeit seitens der Politik, das würde allen Akteuren gut tun.

*Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

„Wir arbeiten seit Jahren am absoluten Limit“ Die unsichere Finanzierung von Frauenberatungsstellen

Der 26.07.2017 war ein erfreulicher Tag für Ulrike Brockhaus, Mitarbeiterin bei der paritätischen Mitgliedsorganisation Frauennotruf Göttingen e.V. An diesem Mittwoch veröffentlichte das niedersächsische Sozialministerium die neue „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind“. Die Richtlinie, die rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft tritt, regelt bis Ende 2021 die finanzielle Förderung des Landes für Frauen-

häuser, Gewaltberatungsstellen sowie die Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS). Für Einrichtungen wie den Frauennotruf Göttingen bedeutete dies, dass zumindest ein Teil der Finanzierung bis Ende 2021 sicher gestellt ist – vorausgesetzt, die Einrichtung erhält die entsprechende Bewilligung.

„Für uns ist das schon eine Erleichterung und ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt Ulrike Brockhaus. „Neben der Erhöhung für alle Ein-

richtungen begrüßen wir besonders die neuen Pauschalbeträge für Präventionsarbeit und die Arbeit mit Bezugspersonen.“ In allzu großen Jubel mag die Diplom-Psychologin dennoch nicht ausbrechen. Zum einen, weil die Erhöhung nicht einmal die Kostensteigerung auffängt, die seit der letzten Richtlinie 2011 um rund 20 Prozent gestiegen ist. Zum anderen, weil sich die Höhe der Förderung nach wie vor an tatsächlichen Fallzahlen bemisst und andere große Teile der täglichen Arbeit wie Präventionsprojekte jetzt zwar immerhin überhaupt, dann aber eben doch „nur“ pauschal bezuschusst werden. Weiter gedacht heißt das: Je besser eine Gewaltberatungsstelle präventiv arbeitet und Gewalt so schon im Keim erstickt, bevor sie passiert, desto eher gräbt sie selbst das Wasser ab, denn nur die „eigentlichen“ Fälle bringen mehr Geld.

Erst wenn die schriftliche Bestätigung der Bewilligung vorliegt, können Ulrike Brockhaus und ihre Kolleginnen sich ganz sicher sein, die Förderung erneut zu erhalten. „Ich kenne eine andere, gut arbeitende Einrichtung, die aus der Förderung herausgenommen und dadurch nachhaltig geschadet wurde“, erklärt sie. „Wenn man mit so einer dünnen Finanzdecke arbeitet, dann ist man eben vorsichtig.“ Die Finanzdecke, unter denen Einrichtungen wie der Frauennotruf Göttingen arbeiten, ist nicht nur dünn, sondern auch immer mal wieder einsturzgefährdet. Eine feste, kontinuierliche, gesetzlich verankerte Finanzierung gibt es nicht – nur die Richtlinie des Landes, die alle paar Jahre neu verhandelt wird. Auch Stadt und Landkreis Göttingen unterstüt-

Der Frauennotruf Göttingen

Der Frauennotruf e.V. Göttingen – Beratungs- und Fachzentrum sexuelle und häusliche Gewalt – wurde 1988 gegründet. Kinder und erwachsene Frauen, die Opfer von sexualisierter oder häuslicher Gewalt geworden sind, erhalten hier vielfältige Unterstützung, zum Beispiel in Form von trauma-sensibler Beratung, Sicherheitsplanung, Begleitung beim Strafverfahren, Hilfe bei der Suche nach Kliniken und beim Stellen von Anträgen. Das Angebot schließt auch die Bezugspersonen der Betroffenen, wie Freundinnen und Freunde oder Lehrerinnen und Lehrer mit ein. Neben der Beratung steht im Verein die Prävention und Sensibilisierung im Fokus. Hierzu finden im Fach- und Informationszentrum unter dem Dach des Frauen-Notruf e.V. nahezu wöchentlich berufsgruppen-spezifische Schulungen für Lehrpersonal, die Polizei, Mitarbeitende der Kinder- und Jugend- oder Behindertenhilfe, oder anderer Einrichtungen statt. Selbstverteidigungskurse, Workshops,

Ausstellungen, Veröffentlichungen, Politikberatung und ähnliche weitere Maßnahmen runden das Angebot ab. Die Arbeitsbereiche des Beratungs- und Fachzentrums sind nicht strikt voneinander getrennt, sondern wirken synergetisch zusammen. Dieses „all in one“-Konzept gilt als best-practice Modell und der Frauen-Notruf e.V. Göttingen genießt damit bundesweit besonderes Ansehen. Das Kernteam des Frauen-Notruf e.V. besteht aus sechs Mitarbeiterinnen in Teilzeit, die meisten schon seit über 20 Jahren. Unterstützt wird das Team derzeit von zwei für Projekte befristet eingestellten Kolleginnen, einer Praktikantin und wechselnden MinijobberInnen (darunter ein männlicher Psychologe) sowie seit vielen Jahren von einer ehrenamtlich mitarbeitenden Juristin. Für Kinder und Jugendliche wurde 2009 eine eigene Beratungsstelle mit Namen „phoenix“ gegründet. Diese wird unter der Trägerschaft des Frauen-Notruf e.V. gesondert über die Jugendhilfe finanziert.

zen die Einrichtung im Rahmen der freiwilligen kommunalen Leistungen, die aber auch immer mal wieder zur Disposition stehen. So wie im Jahr 2012, als Göttingen im Rahmen des Entschuldungshilfeprogramms seinen Haushalt für die nächsten zehn Jahre ausgleichen musste, und die freiwilligen sozialen Leistungen um 25 Prozent kürzte. Die dritte Säule der Finanzierung bilden einzelne Projekte, für die die Einrichtung Fördermittel beantragen kann. Das tägliche Kerngeschäft wird hierüber allerdings nicht gefördert. Zudem sind die Projekte immer zeitlich begrenzt, sodass diese Lösung auch keine dauerhafte Finanzierung, dafür aber einen zusätzlichen Aufwand bedeutet: Bis zu zwölf Anträge bearbeitet die Einrichtung gleichzeitig. Dafür müssen Statistiken erstellt und Nachweise erstellt werden. Dies bindet Kapazitäten, die der eigentlichen Arbeit fehlen.

Würde eine der drei unsicheren Finanzierungssäulen ganz entfallen, hätte dies massive Auswirkungen auf die Arbeit des Frauennotrufs. Dabei ist die Personalsituation sowie schon bedenklich. „Wir arbeiten seit Jahren am absoluten Limit und bräuchten eigentlich mindestens noch eine weitere 30-Stunden-Stelle, um halbwegs befriedigende Beratungskapazitäten anbieten zu können“, sagt Ulrike Brockhaus. Da seit Jahren der Lohn nicht mehr erhöht werden konnte, mussten stattdessen bereits Arbeitszeiten gekürzt werden. Praktisch bedeutete dies, dass der Frauennotruf seine telefonische Erreichbarkeit einschränken musste. „Dadurch, dass wir nicht mehr durchgehend erreichbar sind, gehen dann natürlich die Fallzahlen zurück, und wir erhalten weniger Zuschüsse“ beschreibt die Mitbegründerin des Frauennotrufs Göttingen das Dilemma.



In der Selbsthilfegruppe für vergewaltigte Frauen, ein Angebot des Frauennotrufs Göttingen, verarbeiten die Betroffenen ihre Erlebnisse und Hoffnungen unter anderem auf kreativem Weg.

Auch die Mitarbeiterinnen der paritätischen Mitgliedsorganisation Violetta – Fachberatungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen in Hannover kennen die Problematik. Auch Violetta muss die Zuwendungen vom Land sowie der Stadt und der Region Hannover jährlich neu beantragen. Weitere Mittel werden durch Spenden oder Förderung für zeitlich begrenzte Projekte akquiriert. Als Folge sind viele der Arbeitsverträge jährlich befristet, was zur Unsicherheit der Mitarbeiterinnen beiträgt. „Wir haben keine Planungssicherheit“, sagt Geschäftsführerin Barbara David. „Das macht es schwierig, gute Mitarbeiterinnen zu gewinnen. Und dann besteht stets die Sorge, dass sich qualifizierte Mitarbeiterinnen wegbewerben könnten.“ Die fehlende Anpassung an die Kostensteigerungen durch tarifliche Weiterentwicklung und Steigerung der Lebenshaltungskosten führt dazu, dass einige Mitarbeiterinnen unterhalb ihrer beruflichen Qualifikation bezahlt werden und tarifliche Anpassungen an die Löhne ausbleiben müssen.

Für Ulrike Brockhaus steht fest, dass die Finanzierung von Einrichtungen

wie dem Frauennotruf eine gesetzliche Pflichtaufgabe sein sollte. „Abgesehen von Krankheiten gehören sexuelle und häusliche Gewalttaten zu den größten Gesundheits- und Tötungsrisiken für Frauen, die es gibt“, sagt sie. „Die Gesellschaft sollte eigentlich dazu verpflichtet sein, die entsprechende Beratung und Hilfe zu finanzieren.“ Eine mehr als unbefriedigende Gesamtsituation also, der Ulrike Brockhaus aber dennoch etwas Positives abgewinnen kann. „Wir sind nicht nur von einem Geldgeber abhängig und so kann auf unsere Arbeit nicht allzu viel Einfluss genommen werden“, beschreibt sie. „Wir sind der Gesellschaft vielleicht an manchen Stellen unbequem, aber das gehört zu unserem Beruf dazu. Wir brauchen eine gewisse Unabhängigkeit.“ Es ist die tägliche finanzielle Unsicherheit, auf Ulrike Brockhaus und ihre Kolleginnen nur allzu gerne verzichten würden.

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Für mehr Sicherheit im Land

Straffälligenhilfe wirkt erneuten Straftaten entgegen, wird aber unzureichend finanziert

Das Thema Innere Sicherheit bestimmt den aktuellen Wahlkampf zur Landtagswahl in Niedersachsen wesentlich mit. Forderungen nach mehr Polizei, nach verschärften Gesetzen und einer härteren Justiz werden laut. Die wichtige Arbeit der Straffälligenhilfe zur Reintegration straffällig gewordener Menschen in die Gesellschaft findet in der aufgeheizten Diskussion keinen Platz. Dabei sind diese Angebote wesentliche Voraussetzungen, um erneuten Straftaten entgegenzuwirken und zur Sicherheit im Land beizutragen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient das Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“: Viele Haftplätze in Niedersachsen sind belegt, weil Menschen ihre Geldstrafen aus unterschiedlichen Gründen nicht zahlen (können). Die Anlaufstellen bieten an, das Geld der Verurteilten zu verwalten, und gewährleisten so die pünktliche Ratenzahlung an die Staatsanwaltschaft. Das Projekt erspart dem Land eine beträchtliche Anzahl an Hafttagen und stellt die Zahlungen an die Staatsanwaltschaften sicher. Seit dem Start im Jahr 2015

die Höhe der jeweiligen Zuwendung seit Jahren nahezu konstant. Steigende Personal- und Sachkosten werden kaum berücksichtigt und haben mittlerweile zu einer existenzgefährdenden Finanzierungslücke geführt. Eine rechtsverbindliche Richtlinie zur Förderung der Einrichtungen existiert bis heute nicht. Der erste Entwurf einer Richtlinie aus dem Jahr 2015 hätte, wäre er in Kraft getreten, das Aus für einige Einrichtungen bedeutet – die avisierten Zuwendungen wären einfach zu gering gewesen. Neben den jährlich unsicheren Zahlungen müssen die Einrichtungen um Zuwendungen aus Bußgeldern werben. Diese stellen naturgemäß ebenfalls keine verlässliche Finanzgrundlage dar und sind bei vielen Einrichtungen zudem rückläufig.



*Viele Straftäter benötigen Hilfe, um nach der Entlassung ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Das Land muss diese wichtige Arbeit sicherstellen.
Foto: Felix Pergande/fotolia.com*

Es bedarf endlich einer dauerhaften, auskömmlichen und rechtsverbindlichen Finanzierung dieser Angebote. Der Arbeitskreis Straffälligenhilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. fordert eine 90-prozentige Förderung der zuwendungsfähigen Personalausgaben. Zudem bedarf es einer Sachkostenpauschale von 15 Prozent der Personalkosten.

Die Angebote der Straffälligenhilfe richten sich nicht nur an Inhaftierte, Haftentlassene und Straffällige ohne Hafterfahrung, sondern auch deren Angehörige. In vielen Fällen werden Menschen unterstützt, die nicht von den sozialen Diensten der Justiz betreut werden können – wer seine Strafe voll verbüßt hat, fällt nach der Entlassung nämlich durchs öffentliche Raster.

konnte das Land bereits mehr als 16 Mio. Euro durch das Projekt einsparen. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen bringt das Projekt einen großen sozialen Mehrwert: Überproportional viele Frauen, viele alleinerziehend, sind Teil des Projekts. Hier ist eine Haftvermeidung häufig besonders sinnvoll.

Intensive Gespräche führten erfreulicherweise dazu, dass das niedersächsische Justizministerium aktuell an einem neuen Richtlinienentwurf arbeitet, unter Beteiligung der freien Träger. Der Paritätische wird sich dafür einsetzen, dass diese Arbeit auch nach der Landtagswahl fortgeführt wird.

Die Anlaufstellen beraten und unterstützen die Straffälligen – beim Ausfüllen von Anträgen für Sozialleistungen, bei der Wohnungssuche, bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Einige Einrichtungen bieten betreute Wohngruppen für Haftentlassene an.

Trotz dieser gesellschaftlichen und ökonomischen Erfolge ist die Arbeit der freien Straffälligenhilfe finanzielle nicht abgesichert. Die Einrichtungen stellen jährlich neue Anträge beim Ambulanten Justizsozialdienst Niedersachsen (AJSD). Die Förderhöhen unterscheiden sich je nach Einrichtung, das Verfahren erscheint wenig transparent. Jede für sich genommen, ist

*Nikolai Nemitz
Fachberater Straffälligenhilfe
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Jedes Kind muss schwimmen lernen

Sparzwang führt zu Bäderschließung und Unterrichtsausfall

Schwimmen zu lernen ist ein lebenswichtiger Schritt für jedes Kind. Doch leider zeigen aktuelle Umfragen, dass die Zahl der sicheren Schwimmer in unserer Gesellschaft stark rückläufig ist. Die Gründe hierfür liegen im familiären sowie schulischen Bereich, aber auch Bäderschließungen spielen eine große Rolle. Um schwimmen zu lernen, braucht es Schwimmbäder, die eine Anfängerschwimmbildung ermöglichen. Doch immer mehr Bäder fallen dem Rotstift zum Opfer.

Ein Schwimmbad zu unterhalten, ist in der Regel ein Zuschussgeschäft für Kommunen. Einrichtung und Betrieb eines Schwimmbads zählen allerdings zu den freiwilligen Aufgaben einer Kommune. Heißt: Jede Kommune kann selbst entscheiden, ob sie hier tätig werden will oder nicht. Muss die Gemeinde sparen, geht das nur bei den freiwilligen Leistungen. Oft genug sind davon Bäder betroffen – neben Büchereien, Zuwendungen für Sportvereine und anderen Bereichen.

In den Rahmenlehrplänen ist der Schwimmunterricht in der Schule verankert. Aber viele Schulen, vor allem im ländlichen Raum, haben gar nicht die Möglichkeit, in einer adäquaten Zeit ein Bad zu erreichen. Demnach



Da ist die Freude groß: Der Erwerb eines Schwimmabzeichens markiert für Kinder einen bedeutenden Entwicklungsschritt. Und schwimmen zu können, rettet im Ernstfall Leben. Fotos: DLRG

können viele Schulen ihrer gesetzlichen Pflicht, Kinder beim Schwimmenlernen zu fördern, nicht nachkommen. Dieser Trend kann schwerwiegende Folge, haben, mahnt DLRG-Vizepräsident Achim Haag: „Wenn diese Entwicklung so weitergeht, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Deutschland zu einem Land der Nichtschwimmer wird!“ Dies zeigen auch die Zahlen einer in diesem Jahr erschienenen Forsa-Umfrage, so gaben 56 Prozent der jetzt über 60-Jährigen an, noch in der Schule das Schwimmen gelernt zu haben. Bei den 30- bis 44-Jährigen sind es nur noch 49 Prozent, und gerade einmal 36 Prozent der jetzt 14- bis 29-Jährigen gaben an, in der Schule das Schwimmen gelernt zu haben. Eine erschreckende Zahl, die so nicht weiter hinnehmbar ist. Es darf nicht sein, dass ein Schwimmbad als Grundvoraussetzung, um das Schwimmen zu lernen, von der Politik als Luxus angesehen wird und Schwimmbäder deswegen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Wird heutzutage ein neues Bad gebaut, dann meist in privater Trägerschaft und mit dem Fokus auf Spaß und

Wellness. Eine Anfängerschwimmbildung ist in solchen Einrichtungen meist nur eingeschränkt möglich. Ein weiteres Problem: die Kosten. Für DLRG-Gliederungen und Schwimmvereine ist das Anmieten der benötigten Wasserfläche so teuer, dass Kurspreise ins Unermessliche steigen. So sinkt die Chancengleichheit für Kinder, einen Schwimmkurs zu absolvieren, denn finanziell schwächer gestellte Familien können die hohen Kursbeiträge meist nicht aufbringen. Gerade für sie wäre also der Schwimmunterricht in der Schule wichtig. Auch ein Schwimmbadbesuch mit den Eltern ist bei teuren Spaßbädern für viele nicht möglich.

Die Politik muss die Kommunen dazu verpflichten, Schwimmbäder vorzuhalten. Nur so können Schwimmkurse zu bezahlbaren Preisen angeboten werden. Jedes Kind muss das Recht haben, schwimmen zu lernen.

Nicola Dubacher

PR-Referentin

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Landesverband Niedersachsen e.V.



Flüchtlinge nachhaltig integrieren

Die Flüchtlingssozialarbeit finanziert sich über befristete Richtlinien und Projekte



Die Netzwerkerin: Silke Schramm berät einen Flüchtling im Willkommensbüro des Altkreises Wittlage. Fotos: Lars Herrmann/VSD

Im Willkommensbüro des Altkreises Wittlage sind die Aufgaben klar verteilt: Die paritätische Mitgliedsorganisation Kinderhaus Wittlager Land gGmbH kümmert sich stellvertretend für die Gemeinde Bohmte um die Flüchtlingssozialarbeit. Silke Schramm hat sich dieser Aufgabe angenommen. Ein Teil der Finanzierung läuft über die „Richtlinie Migrationsberatung“. „Ohne diese Richtlinie könnten wichtige Sachmittel, z. B. die Übernahme von Dolmetscherkosten, nicht im nötigen Umfang finanziert werden. Die Dolmetscher ermöglichen mir eine qualitativ hochwertigere Beratung“, sagt Silke Schramm. Erfahrungsgemäß seien ehrenamtliche Sprachmittler oft beeinflusst durch Sympathie sowie persönliche Erfahrungswerte und würden eigene Ansichten in die Übersetzungen einfließen lassen. In intensiven Beratungsgesprächen mit sensiblen und sehr intimen Gesprächsinhalten ist der Einsatz von professionellen anstelle ehrenamtlicher Dolmetscher auch deshalb fachlich unerlässlich, kostet aber eben Geld.

Vor diesem Hintergrund, sagt Silke Schramm, sei es hilfreich, dass sie

stets mit denselben Dolmetschern die Familien aufsuche. „Sie wissen, wie mit Datenschutz umzugehen ist. Und es entsteht eine Vertrauensbasis für offene Gespräche.“

Die Flüchtlingssozialarbeit im Wittlager Land ist mit vielen Institutionen und Personen vernetzt. Kommen neue Familien an, informiert Silke Schramm das Migrationszentrum, damit Sprachkurse initiiert werden können. Auch zum Jobcenter besteht regelmäßiger Kontakt. „Durch die hohe Anzahl der Beratungen habe ich mir ein Wissen über Institutionen und Möglichkeiten angeeignet, das Ehrenamtliche sich in dem Umfang vermutlich nicht aneignen können“, sagt sie.

Die kommunale Flüchtlingssozialarbeit mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist aus ihrer Sicht unerlässlich. Vor allem wenn Familien längere Zeit in der Kommune leben und „angekommen“ sind, sei die psychosoziale Beratung von immenser Bedeutung sowie die Vermittlung an andere Fachdienste. Den Blick dafür und das Wissen über kulturelle Differenzen habe in erster Linie die

Fachkraft. Andere Träger seien häufig auf bestimmte Themenbereiche spezialisiert „und haben nicht den Einblick in den Alltag, den die aufsuchende soziale Arbeit hat“.

Es sei fraglich, ob jede Kommune die finanziellen Ressourcen für die soziale Arbeit hat und eine solche Stelle einrichten kann. „Die Landesmittel für die ‚Richtlinie Migrationsberatung‘ sollten deshalb langfristig gesichert sein“, sagt Silke Schramm. „Damit wird die nachhaltige Integration bei den meisten Flüchtlingen gesichert, und eine verlässliche Ansprechperson ist vor Ort.“

Nils Bollhorn ist pädagogischer Leiter des Verbunds Sozialer Dienste, zu dem auch die Kinderhaus Wittlager Land gGmbH zählt. Er fordert Gleichbehandlung: „Die Diskussion, ausländischen Jugendlichen im Rahmen der Jugendhilfe geringere Leistungen als deutschen Jugendlichen zu gewähren, muss beendet werden. Zudem müssen die Leistungen für Asylbewerber identisch mit denen der Sozialhilfe und nicht geringer sein.“

Unabhängig vom Aufenthaltsstatus solle jeder Flüchtling Sprachförderung erhalten. Das Kinderhaus Wittlager Land hat 2017 zum dritten Mal ein Sprachcamp angeboten. Dank der Unterstützung der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung konnten die Teilnehmer kostenlos mitmachen. „Wir schließen damit eine strukturelle Lücke im ländlichen Raum“, sagt Nils Bollhorn. Wünschenswert wäre es, wenn Flüchtlinge unabhängig vom Status an Deutschkursen als staatliche Regelleistung teilnehmen dürfen.“ Ein größerer Kreis an Anspruchsberechtigten hätte

handfeste Vorteile: „Dadurch erreichen diese Kurse auch in ländlichen Regionen die geforderte Mindestteilnehmerzahl und können wohnortnah angeboten werden. Das sorgt für lokale Integration“, so Bollhorn.

Die Fachkräfte der Kinderhaus Wittlager Land gGmbH betreuen einige Jugendliche, die vom Sprach- und Integrationsprojekt „SPRINT-Dual“ des Kultusministeriums und der Agentur für Arbeit profitieren. Sie gehen weiter zwei Tage pro Woche zur Schule, an den anderen drei Tagen arbeiten sie in einem Betrieb. „Für junge Menschen ab 16 Jahren, die nicht in die Oberstufe können, müsste es ansonsten eine Alternative geben, damit der Tag sinnvoll und strukturiert gestaltet wird“, sagt Silke Schramm. Aber auch „SPRINT-Dual“ ist nur ein Projekt, einen ge-



Fatjon aus Albanien (vorn links) und Ousman aus Gambia sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Manfred Poschmann vom VSD hilft ihnen mit Projekten dabei, ihre handwerklichen Stärken herauszufinden. Das kann später bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz helfen.

setzlichen Anspruch gibt es nicht, dabei zeitigt das Programm viele Erfolge. „Wünschenswert wären solche fachlich kompetenten Projekte auch für Erwachsene.“ Die nehmen zwar über die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter an Maßnahmen bei verschiedenen Trägern teil, aber

das geht meist nur über drei Monate. „Nachhaltigkeit sieht anders aus“, sagt Silke Schramm.

*Lars Herrmann
Referent für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
VSD – Verbund sozialer Dienste gGmbH*

Ständige Unsicherheit

Das Männerbüro Hannover hangelt sich von Förderung zu Förderung

1996 gründeten engagierte Menschen die paritätische Mitgliedsorganisation Männerbüro Hannover, um Jungen, männliche Jugendliche und erwachsene Männer bei der Lösung von Lebensproblemen und zwischenmenschlichen Konflikten zu unterstützen. Die Aufgabe war und ist es nach wie vor, dieser Zielgruppe ein zeitnahes, geschlechtsspezifisches, niedrigschwelliges Beratungsangebot zu machen und zugleich einen Beitrag zu den Themen Gewaltprävention und Geschlechtergerechtigkeit zu leisten.

Der gemeinnützige Verein unterhält zu diesem Zweck zwei psychosoziale Beratungsstellen: Das Männerbüro Hannover und die Beratungsstelle Anstoß – gegen sexualisierte Gewalt an Jungen und männlichen Jugendlichen.

In der praktischen Arbeit des Männerbüros haben sich zwei Arbeitsschwerpunkte gebildet: die Beratung von Jungen, männlichen Jugendlichen und Männern als Betroffene von häuslicher oder sexualisierter Gewalt und die Arbeit mit Männern, die gegenüber ihrer Partnerin bzw. ihrem Partner, ihren Kindern oder Dritten gewalttätig wurden. Sie sollen durch die Teilnahme an Sozialen Trainingsprogrammen lernen, in zwischenmenschlichen Beziehungen ein gewaltfreies Verhalten anzunehmen, um weitere Gewalt zu verhüten und von Gewalt geprägte Verhaltensmuster zu ändern. Die Arbeit des Männerbüros ist Teil des Hannoverschen Interventionsprogramms und eingebettet in ein interinstitutionelles Kooperationsbündnis gegen häusliche Gewalt.

Im Jahr 2016 hatten die für diese Arbeit besonders qualifizierten 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Männerbüros mit mehr als 2600 Klienten zu tun. 1600 Mal ging es um männliche Täter häuslicher Gewalt, in knapp 500 Fällen um männliche Opfer. Insgesamt wurden 860 Einzel- oder Paarberatungen durchgeführt. 125 Männer nahmen – zumeist im Zwangskontext – an den Sozialen Trainingsprogrammen teil.

Für diese und weitere Dienstleistungen, zum Beispiel Gewaltpräventionsveranstaltungen oder Fachberatungen, standen dem Verein im vergangenen Jahr Mittel in Höhe von rund 460.000 Euro zur Verfügung. Etwa 50 Prozent der Einnahmen waren Zuwendungen der Landeshaupt-



*Wann ist ein Mann ein Mann?
Das Männerbüro Hannover
hilft bei der Identitätsfindung.*

*Fotos: Männerbüro Hannover
e.V./Suat Hamarat.*

stadt Hannover, 22 Prozent Zuwendungen der Region Hannover. Zehn Prozent der Einnahmen finanzierte das Land, vier Prozent waren Spenden und Fördergelder von Privatpersonen oder Stiftungen. Hinzu kamen Bußgelder (zwei Prozent) und eigene Einnahmen, etwa Teilnehmerbeiträge in der Täterarbeit, Seminarentgelte und Mitgliedsbeiträge (12 Prozent).

Die Täterarbeit im Bereich häusliche Gewalt hat ebenso wie die anderen Angebote des Männerbüros eine gesellschaftlich große Bedeutung zur Sicherung des sozialen Friedens und des Ausgleichs in der Stadt und der Region. Die Sicherstellung einer auskömmlichen, dauerhaften und verlässlichen Finanzierung dieser Beratungsangebote ist für den Verein gleichwohl regelmäßig eine enorme

Herausforderung. Dabei ist – wie dargestellt – insbesondere die kommunale Förderung von existenzieller Bedeutung, bei der es sich allerdings um eine freiwillige Leistung der Kommune handelt. Diese entscheidet nach freiem Ermessen unter Beachtung ihrer eigenen finanziellen Möglichkeiten, ob und wie das gesellschaftlich wichtige, aber überwiegend marktferne Angebot des Vereins gefördert wird.

Für eine soziale Einrichtung wie das Männerbüro ist es in diesem Zusammenhang problematisch, dass die Zuwendungen jährlich neu beantragt werden müssen. Sie sind damit im Prinzip dem Grunde und der Höhe nach ungewiss, und das führt zu einer entsprechenden Planungsunsicherheit. Hinzu kommt der hohe Verwaltungsaufwand für die jährlich zu stel-

lenden Finanzierungsanträge für die einzelnen Projekte mit teilweise ganz unterschiedlichen Anforderungen mit Blick auf die Nachweisführung und die Berichtspflichten. Eine drei- oder besser fünfjährige Finanzierungszusage würde die Arbeit deutlich erleichtern.

Eine Schwierigkeit jenseits des bürokratischen Aufwands ist zudem, dass die Zuwendungen nicht dynamisiert sind. Wünschenswert wäre eine regelmäßige Anpassung zum Beispiel analog zu den in Tarifverhandlungen vereinbarten Steigerungen oder in Anlehnung an die Lebenshaltungskosten. Einrichtungen wie das Männerbüro könnten dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tariftreu vergüten, ganz so, wie es von den Unternehmen verlangt wird, die zum Beispiel öffentliche Baumaßnahmen ausführen. Solange dies nicht der Fall ist, werden soziale Arbeit oft nicht angemessen vergütet und Tarifsteigerungen nicht nachvollzogen. Denn die Alternative, also die Kürzung der Arbeitszeiten und damit des Angebots, ist eben keine Alternative, gerade auch aus Sicht der meisten Beschäftigten in sozialen Einrichtungen, die sich oftmals überdurchschnittlich mit ihrer Arbeit identifizieren und engagieren. Gleichwohl führt eine solche Situation der andauernden Unsicherheit langfristig zu Unzufriedenheit und mitunter zu Krankheit. Davon abgesehen wird es unter diesen Umständen zunehmend schwieriger, qualifiziertes Personal für die notwendigen, aber oft eben auch besonders anspruchsvollen und belastenden sozialen Arbeiten zu finden. Und dann auch zu halten.

*Michael Cuypers
Geschäftsführer
Männerbüro Hannover e.V.*

Der halbierte Geschäftsführer

Lebensberatung in der Region Hannover: Der tägliche Kampf ums Geld

Die Lebensberatungsstelle für Burgwedel, Isernhagen und Wedemark gibt es schon seit 1976, gegründet von der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebensberatung e.V. Sieben Fachleute bieten psychologische Hilfe bei allen Lebensfragen an. Geschäftsführer ist Hans-Jürgen Herrmann.

Herr Herrmann, wie finanziert sich die Lebensberatungsstelle?

Hans-Jürgen Herrmann: Das ist eine Mischfinanzierung. Für jeden unserer drei Arbeitsbereiche sieht das anders aus. Für die Erziehungsberatung erhalten wir Geld von der Region Hannover, das macht ungefähr 45 Prozent unseres Etats aus. 15 Prozent kommen vom Land für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung. Mit dem Geld sollen wir eineinhalb Stellen finanzieren, darin ist aber schon vorgesehen, dass der Landeszuschuss die Personalkosten nur zu 80 Prozent deckt. Den Rest müssen wir irgendwie anders aufbringen. Da hilft uns das Geld, das wir von den Gemeinden Isernhagen, Burgwedel und Wedemark bekommen. Jährlich sind das 170.000 Euro, etwa 30 Prozent unseres Haushalts. Hauptsächlich dienen die Zuwendungen der Finanzierung der allgemeinen Lebensberatung, aber wir können das Geld auch zur Deckung anderer Kosten nutzen. Dafür sind wir sehr dankbar. Fünf Prozent kommen aus Vereinsmitteln, und die fehlenden fünf Prozent müssen wir über Honorare und Spenden reinholen.

Wie viel Arbeitszeit geht denn dafür drauf, die Finanzierung sicherzustellen?

Ich bin mit einer halben Stelle Ge-



Engagiertes Team: Acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Lebensberatungsstelle für Burgwedel, Isernhagen und Wedemark tätig.

schäftsführer, und wiederum die Hälfte dieser Arbeitszeit beschäftige ich mich ausschließlich mit Anträgen, Abrechnungen, Gremienarbeit und so weiter. Die Arbeitszeit der Sekretärin kommt da noch drauf.

Keine dieser Zuwendungen ist gesetzlich abgesichert.

Was passiert, wenn eine Zuwendung wegbricht?

Das wäre dramatisch. Dann müssten wir Personal reduzieren und Angebote einstellen. Vor etwa 20 Jahren hatten wir so eine Situation beinahe, damals hat das Land die Finanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatung neu geregelt, und der neue Förderbescheid kam buchstäblich in letzter Minute. Dabei betrachten wir gerade dieses Feld als Pflichtaufgabe des Landes. Das Bundesgesetz sieht vor, dass es pro 40.000 Einwohner eine Stelle für die Schwangerschaftskonfliktberatung geben muss. Die müsste das Land dann bitte auch zu 100 Prozent finanzieren.

Auch die Förderung durch die Kommunen ist nicht gesichert...

Die drei Gemeinden haben erkannt, dass es hier viele Probleme nicht gibt,

weil es uns gibt. Das honorieren sie. Früher mussten wir jedes Jahr einen neuen Antrag stellen, jetzt schließen wir Dreijahresverträge. Das gibt ein Stück Sicherheit. Aber das war ein langer Weg.

Was macht diese ständige Unsicherheit mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Bei uns haben trotzdem alle einen unbefristeten Vertrag. Das ist uns wichtig. Aber allen ist klar, dass dadurch auch das Risiko für alle gleich ist. In der sozialen Arbeit kennt man das ja leider kaum anders.

Sie dürfen sich eine neue Pflichtaufgabe wünschen, auskömmlich finanziert und gesetzlich abgesichert. Welche wäre das?

Psychosoziale Beratung für ältere und kranke Menschen. Die werden oft von einer Stelle zur anderen geschickt. Es wäre schön, das ändern zu können.

Uwe Kreuzer

Referent für Grundsatzfragen

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Niedersachsen e.V.

Freiwilligkeit oder Pflicht?

VAMV fordert verbindliche und auskömmliche Finanzierung durch das Land Niedersachsen

VAMV, das steht für Selbsthilfe, Beratung, Vernetzung und Interessenvertretung von alleinerziehenden Müttern und Vätern. Als einziger unabhängiger gemeinnütziger Verein macht die paritätische Mitgliedsorganisation Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Niedersachsen e.V. (VAMV) auf die Problemlagen der rund 250.000 Einelternfamilien im Bundesland aufmerksam. Er formuliert Gesetzesänderungen, setzt Hilfen für Familien um und hält verschiedene Beratungsmöglichkeiten vor. Hintergrund ist die massive Armutsgefährdung von Müttern und Kindern und eine Palette von Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt. Dazu kommen Schief lagen im Unterhaltsrecht. Auch schleichende Diskriminierungsprozesse im Bildungswesen und auf Ämtern konnten bisher nicht völlig überwunden werden.

Sowohl das Grundgesetz (GG) als auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) setzen den Rahmen für unser Zusammenleben und die Aufgaben unserer staatlichen Organe. Im Rahmen der Subsidiarität soll der Staat den relevanten gesellschaftlichen Akteuren Aufgaben übertragen und deren Finanzierung verbindlich sichern.

Seit 1993 erkennt das Land Niedersachsen die Arbeit des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter durch eine institutionelle Förderung an – allerdings bis heute als sogenannte freiwillige Leistung, unter ständigem Finanzierungsvorbehalt und ohne Absicherung des finanziellen

Rahmens. Das Geld reicht nur für einen eingeschränkten personellen Rahmen. Das Büro, vom Schreibtischstuhl bis zum Buchhaltungsprogramm, konnte nur durch Lotto-Toto-Mittel und Spenden einigermaßen zeitgemäß ausgestattet werden. Projekte, die Schulung von Ehrenamtlichen oder Fachveröffentlichungen werden mithilfe von Drittmitteln aus ganz verschiedenen Quellen verwirklicht.

2019 fällt die erst 2015 politisch mühsam erkämpfte Erhöhung durch das Land Niedersachsen wieder weg. So wirkt sich die Verschlechterung aus:

- Eingeschränkte Erreichbarkeit für telefonische und schriftliche Hilfestellungen sowie Gruppenvermittlung in der Region
- Wegfall der gesamten Büroorganisation, da die Mitarbeiterin nicht mehr finanziert werden kann
- Eingeschränkte verbandsübergreifende Informations- und Veranstaltungswartung über Facebook und die Website
- Fachbroschüren für Alleinerziehende in Niedersachsen können weder erarbeitet noch gedruckt werden
- Einstellung der Vernetzungsarbeit für Alleinerziehende sowie für die Fach- und Beratungseinrichtungen
- Wegfall der Fortbildung für Ehrenamtliche, da der Eigenanteil bei der Förderung durch die Glücksspirale nicht aufgebracht werden kann
- Weitgehende Einstellung der Gremienarbeit der Ehrenamtlichen im Landesfrauenrat, der Landesarmutskonferenz und der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände, da der VAMV die Fahrtkosten vom

VAMV nicht übernommen kann

- Keine eigenen Familienfreizeiten mit Bildungsangebot, da es für die Organisation keine Personalkapazitäten gibt
- Wegfall der Vermittlung von Familienerholungsgeld für Familien mit geringem Einkommen, nachdem in diesem Jahr die gesamte Infrastruktur dafür aufgebaut wurde
- Innovative Projekte, wie die Durchführung von internationalen Begegnungsfreizeiten für zugewanderte Alleinerziehende, scheitern an Zeit und Geld. Die Mittelakquise muss eingestellt werden.
- Wegfall der fachlichen Interessenvertretung in Landesgremien, wie dem Netzwerk für Alleinerziehende

Der VAMV wird rein ehrenamtlich gesteuert. Besonders für den Personalbereich tragen die Vorstandsmitglieder eine hohe persönliche Verantwortung. Eine verbindliche, auskömmliche finanzielle Festlegung mit einer mittelfristigen Fortschreibung im Haushaltsplan des Landes Niedersachsen ist daher zwingend erforderlich.

*Monika Placke (Dipl. Soz.Päd.)
Landesgeschäftsführerin
VAMV Niedersachsen*

§

Grundgesetz

Art. 1 (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt

Art.3 (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Art. 6 (4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Kinder- und Jugendhilfegesetz

§ 16 (1) Müttern, Vätern, anderen Erziehungsberechtigten und jungen Menschen sollen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie angeboten werden. Sie sollen dazu beitragen, dass Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Sie sollen auch Wege aufzeigen, wie Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei gelöst werden können.

(2) Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie sind insbesondere

1. Angebote der Familienbildung, die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familien in ihrer Gesundheitskompetenz stärken, die Familie zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen

2. Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen,
3. Angebote der Familienfreizeit und der Familienerholung, insbesondere in belastenden Familiensituationen, die bei Bedarf die erzieherische Betreuung der Kinder einschließen.

(3) Müttern und Vätern sowie schwangeren Frauen und werdenden Vätern sollen Beratung und Hilfe in Fragen der Partnerschaft und des Aufbaus elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen angeboten werden.

(4) Das Nähere über Inhalt und Umfang der Aufgaben regelt das Landesrecht.

Für ein gerechtes Niedersachsen

Die Forderungen des Paritätischen an die nächste Landesregierung

Gerechtigkeit ist ein dehnbare Begriff, der noch dazu gern populistisch missbraucht wird. Trotzdem: Eine gerechte Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz, jeder Mensch gleiche Chancen hat, sollte das Ziel aller Politik sein.

Zur anstehenden Landtagswahl hat der Paritätische deshalb eine Reihe politischer Forderungen veröffentlicht und lenkt den Fokus so auf die dringlichen sozialpolitischen Probleme und Herausforderungen der nächsten Jahre. „Ganz unabhängig vom Wahltermin und vom Ausgang der Wahl: Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. setzt sich für eine soziale, gerechte Politik ein – auch bei der nächsten Landesregierung“, sagt die Landesverbandsvorsitzende Birgit Eckhardt.

In der Vielfalt der behandelten Themen spiegelt sich die niedersächsische Gesellschaft mit ihren Bedürfnissen, ihren Sorgen, Nöten und Ansprüchen wider. „Nur gesamtgesellschaftlich können wir die vor uns liegenden Aufgaben angehen und bewältigen“, sagt Birgit Eckhardt. „Aber die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen.“ Dazu rufe der Paritätische mit seinen Broschüren auf. „Unsere Forderungen sind das Grundgerüst für ein gerechtes und soziales Niedersachsen!“

Der Verbandsrat des Paritätischen unterstützt den Forderungskatalog. Wir haben einige Vertreterinnen und Vertreter des Verbandsrats gefragt, was Ihnen für die nächste Legislaturperiode besonders wichtig ist. Die Antworten lesen Sie hier.



Silke Gerike
 „Der Ausbau von Ganztagschulen ist richtig und wichtig. Aber die Quantität im Angebot darf nicht auf Kosten der Qualität gesteigert werden. Für die Kindergärten gilt das genauso.“



Bernd Göddertz
 „Jeder Flüchtling sollte einen Deutschkurs machen können. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus.“



Christina Müller-Matysiak
 „Fast die Hälfte der Alleinerziehenden ist armutsgefährdet. Diese Frauen brauchen endlich die nötige Unterstützung, um sich aus dieser Spirale zu befreien.“



Jens Pannemann
 „Die Landespolitik muss die Kinder- und Jugendarbeit mit ihrem eigenständigen Bildungsauftrag fachlich und personell stärken.“



Ulla Klapproth, Vorsitzende
 „Gute Arbeit muss ordentlich bezahlt werden, auch im sozialen Bereich. Nur so können wir genug Fachkräfte für die anstehenden Aufgaben gewinnen.“



Martin Kupper
 „Das Land muss sich für einen besseren Personalschlüssel in der Pflege einsetzen. Und wirksam etwas gegen den Fachkräftemangel tun.“



Hue Mende
 „Das Bundesteilhabegesetz ist jetzt in Kraft. Nun muss das Land das Gesetz gut umsetzen – im Sinne der Menschen mit Behinderung.“



Kurt Spannig, Vorsitzender
 „Die Inklusion in Kindergarten und Schule muss weitergehen, ohne die Wahlfreiheit der Eltern einzuschränken. Nur so erreichen wir das Beste für jedes einzelne Kind.“

Broschüren digital erhältlich

Orientierungshilfe für eine sozial gerechte Politik: Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat die Forderungen zur Landtagswahl gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen erarbeitet. Die Broschüren gibt es in dreierlei Ausführung: Die Kurzfassung in DIN A5 hat 16 Seiten, kurz und knapp geht es darin um Teilhabe von Menschen mit Behinderung, um Armut und Integration, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Die Langversion im DIN-A4-Format versammelt auf 36 Seiten Forderungen zu elf Themenfeldern, von Inklusion über Bildung und Integration bis zur Versorgung auf dem Land. Die Themen der Langfassung gibt es auch in Leichter Sprache, ebenfalls in DIN A4.

In gedruckter Form wurden die Broschüren bereits an alle Mitglieds-

organisationen verschickt. Alle drei Hefte sind außerdem unter www.paritaetischer.de als Download zu finden. Sie dürfen gern ausgedruckt und über soziale Netzwerke und Webseiten weiterverteilt werden.



Das lange Ringen um die Große Lösung

Warum das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz nicht ausreicht

Unverhofft kommt oft. Nachdem der Bundestag das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) beschlossen hatte, galt die Zustimmung der Länder im Bundesrat als Formsache. Aber: Zwei Stunden vor der Sitzung des Bundesrats im Juli wurde das Thema von der Agenda genommen.

Wie es dazu kam

Verantwortlich war eine Koalition von Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung. Deren Kritik entzündete sich – richtigerweise – an dem geplanten Sonderrecht für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Für deren Leistungen sollten, so der Gesetzentwurf, eigene Landesrahmenverträge auf Länderebene möglich werden. Und vom Bestehen solcher Verträge sollten die Länder dann gegenüber den Kommunen die Kostenerstattung abhängig machen können. Diese Regelung wäre das Einfallstor in eine Zwei-Klassen-Jugendhilfe mit unterschiedlichen Standards gewesen. Gut also, dass diese „Reform“ gestoppt wurde.

Eine Hintertür bleibt offen

Am 22. September (nach Redaktionschluss) musste sich der Bundesrat endgültig positionieren und das Gesetz in der vorliegenden Form beschließen – oder aber die Zustimmung verweigern. Ganz unabhängig vom Ergebnis, Baden-Württembergs Sozialminister Manne Lucha ist unbedingt zuzustimmen: „Sinnvoller wäre es, die notwendige umfassende Reform des SGB VIII in der nächsten Legislaturperiode in einem sinnvollen und transparenten Verfahren unter Beteiligung aller Akteure anzugehen – und dann auch wirklich sicherzustellen, dass niemand auf der Strecke bleibt.“¹

Große Koalition bricht Versprechen
Wichtige Inhalte blieben allerdings schon vorher auf der Strecke. Ausgehend vom Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sollte die langjährige Forderung weiter Teile der Kinder- und Jugendhilfe – wie auch des Paritätischen – nach der „Großen Lösung“ endlich umgesetzt werden. Nachdem dann 2016 erste Entwürfe aus dem Bundesministerium durchsickerten, kam es zu einem einhelligen Aufschrei der Fachwelt. So Nicht!

Auch der Paritätische in Niedersachsen meldete sich mit der Resolution „Kein Ausverkauf der Jugendhilfe zu Wort“. Erinnert sei an die geplanten Inhalte wie die Einschränkung von

Rechtsansprüchen, die Degradierung freier Träger zu Auftragsnehmern oder die Formalisierung des Hilfefanverfahrens.

Warum das Thema „Große Lösung“, also die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendlichen, ob mit oder ohne Behinderung, nach wie vor richtig und wichtig ist, lesen Sie im Interview auf der nächsten Seite.

¹ <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/kurzfristige-absetzung-der-umstrittenen-reform-des-kinder-und-jugendschutzes-von-der-tagesordnung/>

Wesentliche Inhalte des geplanten Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes¹

- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
 - uneingeschränkter Beratungsanspruch von Kindern/Jugendlichen in § 8 SGB VIII
 - programmatische Verankerung (unabhängiger) Ombudsstellen in § 9 SGB VIII
- Veränderungen im Kinderschutz, u. a.
 - Beteiligung von BerufsheimnisträgerInnen an der Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII
 - Umstellungen beim Schutzauftrag der BerufsheimnisträgerInnen nach § 4 KKG²
- Erweiterte Befugnisse Heimaufsicht in Bezug auf die Betriebs-erlaubnisverfahren sowie die örtliche Prüfung
- Erweiterte Regelungen zur Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen im neuen § 36 c SGB VIII
- Verpflichtende Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für ambulante Erziehungshilfen nach § 77 SGB VIII
- Öffnungsklausel für die Länder in § 78f SGB VIII in Bezug auf eigene Landesrahmenverträge für die Leistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

¹ Die hier stichpunktartig aufgeführten Punkte stellen lediglich einen Teil der Inhalte dar.

² Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz.

Unser Gesprächspartner Norbert Struck ist Jugendhilfereferent beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Gesamtverband in Berlin.

Norbert, die Forderung nach der Gesamtzuständigkeit des SGB VIII für alle Kinder und Jugendlichen, nach der „Großen Lösung“, ist fast so alt wie das Kinder- und Jugendhilfegesetz selbst. Warum ist sie so wichtig?

Die „Gesamtzuständigkeit“ ist nicht an sich das Ziel, sondern ein Mittel in der Entwicklung eines „inklusive SGB VIII“. Sie mindert Abgrenzungs- und Zuständigkeitskonflikte und mildert die Tendenz zu Einrichtungen, die sich an den jeweiligen Sozialleistungsträgern ausrichten. Es war ein Kernanliegen des SGB VIII, dass nicht Zuständigkeits- und Kostengesichtspunkte über die Hilfgewährung entscheiden, sondern die realen Bedarfe der Leistungsberechtigten. Da ist im Hinblick auf die Situation von jungen Menschen mit Behinderungen jetzt dieser überfällige Schritt zu machen.

Welche Bedingungen müssten dabei aus Sicht des Gesamtverbands unbedingt erfüllt sein?

Die gesamte Infrastruktur und alle Leistungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe müssen so gestaltet werden, dass sie Teilhabebarrrieren abbauen und finanzielle, fachliche und personelle Ressourcen aufbauen, um besonderen Bedürfnissen junger Menschen mit – ja sehr unterschiedlichen – Beeinträchtigungen und Behinderungen gerecht zu werden.

Spannend wird das beim Blick auf konkrete Fragen, zum Beispiel zur künftigen Hilfeplanung, zum Leistungstatbestand oder zu Konsequenzen für die Jugendämter.

Ich glaube, dass der Einstieg in diesen

Diskurs noch unterkomplex war. Die Frage der Infrastrukturentwicklung war so gut wie nicht im Blick. Ich fand es immer verwunderlich, dass keinerlei Versuch gemacht wurde zu evaluieren, wie die Länder die Fragen von Finanzierungsformen und Ressourcen für die gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung im Kitabereich angegangen sind und was



Norbert Struck

man daraus lernen kann. Das andere Problem der Debatte war aus meiner Sicht die Festlegung auf einen „einheitlichen Leistungstatbestand“ von Eingliederungshilfe und Hilfen zur Erziehung. Obgleich immer deutlicher wurde, dass so das ganze Gefüge der Hilfen zur Erziehung unterhöhlt wird. Aber das ist meine fachliche Einschätzung. Im Verband gibt es da durchaus unterschiedliche Bewertungen.

Die Fachverbände der Behindertenhilfe haben ein Papier mit zentralen Anforderungen an eine Reform vorgelegt¹. Wie wird die Diskussion zwischen Jugend- und Behindertenhilfe geführt?

Ja das Papier legt sich auch auf die Forderung nach einem einheitlichen Leistungstatbestand fest, die meiner Meinung nach im Widerspruch steht zu anderen sinnvollen Forderungen des Papiers. An diesem Widerspruch muss weiter gearbeitet werden. Im Moment setze ich auf fachliche Diskussionen in kleinen Kreisen von Akteurinnen und Akteuren.

Wichtiger denn je scheint, sich als

Freie Wohlfahrtspflege nicht spalten zu lassen und gegenüber der Politik mit einer Stimme zu sprechen.

Die Gefahr einer Spaltung hat sich meines Erachtens bisher so nicht gezeigt. In vielen Kernpunkten konnte mit einer Stimme gesprochen werden, bei allen Differenzen in Details. Wichtig ist, dass innerhalb der Verbände die Abstimmung zwischen Kinder- und Jugendhilfe und den Vertreterinnen und Vertretern der Behindertenhilfe gelingt. Das ist aber auch nicht nur eine Frage des „good will“. Ein Beispiel: Die Umsetzungen von „Inklusion“ in den Schulsystemen erzeugen mehr und mehr Befürchtungen bei Eltern von Kindern mit Behinderungen, dass Fördermöglichkeiten für ihre Kinder abgeschafft werden, ohne dass die Regleinrichtungen auch nur annähernd – in Bezug auf Ressourcen, Fachlichkeit und Personaleinsatz – in die Lage versetzt werden, den vielfältigen Bedarfen gerecht zu werden. Inklusion ist eine Investition in Gerechtigkeit, die reales Geld benötigt – sonst misslingt sie.

Zum Abschluss eine persönliche Frage: Wirst Du die „Große Lösung“ noch aktiv beim Paritätischen begleiten?

Ich glaube, so schnell wird sie doch nicht kommen. Ich hoffe, sie kommt in einer guten und belastbaren Form in der nächsten Legislaturperiode. Aber ich werde beim Paritätischen nur noch die Anfänge begleiten, denn Ende 2018 werde ich das Rentenalter erreichen.

Dominik Baier

Fachberater

*Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

¹ <http://www.diefachverbaende.de/files/stellungnahmen/2017-05-18-VorstellungenFV-Inklusive-Loesung-final.pdf>

„Für Vielfalt und Toleranz“

Verbandsrat des Paritätischen Niedersachsen verabschiedet Positionspapier

„Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. steht für eine soziale, solidarische und gerechte Gesellschaft“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen. „Unsere Arbeit für und mit Menschen ist geprägt von gegenseitiger Wertschätzung.“ Diese Werte, so die Landeschefin, müsse der Wohlfahrtsverband offensiv vertreten. Am 22.08.2017 hat der Verbandsrat, das Aufsichtsgremium des Paritätischen, das nachfolgende Positionspapier „Für Vielfalt und Toleranz“ verabschiedet.

Der Vorsitzende des Verbandsrats, Kurt Spannig, freut sich über die Geschlossenheit des Gremiums bei diesem wichtigen Thema: „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus dürfen in unserer Gesellschaft nicht wieder salonfähig werden“, sagt er. „Wir setzen solchen Tendenzen ein positives Menschenbild entgegen. Jeder Mensch hat das Recht, sein Leben in Würde zu verwirklichen, seine Persönlichkeit frei zu entfalten. Daraus entsteht soziale Gerechtigkeit.“

Birgit Eckhardt konkretisiert, wie sich der Paritätische soziale Politik in aufgeregten Zeiten vorstellt: „Die nächsten Regierungen in Bund und Land müssen die Ursachen von Benachteiligung beseitigen und sachgerechte Rahmenbedingungen für soziale Arbeit schaffen. Bildung muss unabhängig von Herkunft und Vermögensverhältnissen möglich sein.“

Das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse oder sexueller Ori-

entierung sei für die meisten Menschen in Deutschland längst selbstverständlich. „Aber die Politik muss das immer wieder bestärken. Sonst erhalten populistische Lautsprecher wieder Zulauf. Wie schnell das geht, konnte man vor wenigen Wochen in den USA beobachten.“

Lesen Sie nachfolgend das Positionspapier des Paritätischen im Wortlaut. Auf www.paritaetischer.de steht es im pdf-Format zum Download bereit.

Das Bekenntnis zu den Menschenrechten eint den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und seine rund 850 Mitgliedsorganisationen. Die universellen, unveränderlichen und unteilbaren Menschenrechte sind das Fundament einer sozialen und solidarischen Gesellschaft. Unser Menschenbild beruht auf gegenseitiger Wertschätzung. Wir engagieren uns für und mit Menschen, die hilfebedürftig, sozial oder wirtschaftlich benachteiligt sind. Diesen Menschen geben wir öffentlich eine Stimme. Dabei sind wir getragen von der Idee der Parität, der Gleichheit aller in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten, und getragen von Prinzipien der Toleranz, Offenheit und Vielfalt.

Auf diesem Fundament der gleichen Werte und Ziele treten der Paritätische Niedersachsen und seine Mitgliedsorganisationen entschieden jedwedem Extremismus entgegen!

Derzeit findet insbesondere rechtspopulistisches und rechtsextremes Gedankengut Nährboden in sozialen Brennpunkten, wo Menschen sich benachteiligt und von der sozialen Teilha-

be ausgeschlossen fühlen und Rechtspopulisten und Rechtsextremisten ohne Widerstand durch die Bevölkerung freigieren können. Aber auch in der bürgerlichen Mitte sind Ressentiments gegenüber Andersdenkenden und offener Rassismus wieder salonfähig.

Dabei nutzen Rechtspopulisten pseudowissenschaftliche Argumentationstechniken, die häufig antidemokratisch, rassistisch, homophob, antisemitisch und anti-muslimisch, kurzum: menschenfeindlich sind, und berufen sich oft auf Verschwörungstheorien bzw. geben ein verzerrtes, falsches Geschichtsbild wieder. Populismus ist ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen, wie wir sie unter dem Eindruck von Globalisierung, Finanzkrise und zunehmender Digitalisierung gerade erleben. Populismus gibt vereinfachende Antworten auf komplexe Probleme. Populismus funktioniert ausschließlich emotional, nicht rational.

Rechtsextremisten lehnen die Demokratie als Staatsform ab. Stattdessen streben sie nach einer autoritär geführten „Volksgemeinschaft“. Andere Menschengruppen grenzen sie durch rassistische oder anderweitig diskriminierende Parolen aus und werten diese gleichzeitig ab. Für Rechtsextremisten gilt nicht das an den Menschenrechten orientierte Gleichheitsprinzip, vielmehr gehen sie von einer naturgegebenen ethnischen Ungleichwertigkeit der Menschen aus. Unterschiede in kultureller, geistiger oder körperlicher Art sind für Rechtsextremisten weitere Merkmale, um bestimmten Individuen und Gruppen einen minderen Wert und Rechtsstatus zuzugestehen.

Aus ihrem Grundverständnis heraus sind der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und seine Mitgliedsorganisationen der Idee sozialer Gerechtigkeit verpflichtet, verstanden als das Recht eines jeden Menschen auf gleiche Chancen zur Verwirklichung seines Lebens in Würde und der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit.

Der Paritätische vertritt mit seinen Mitgliedsorganisationen insbesondere die Belange der sozial Benachteiligten und der von Ungleichheit und Ausgrenzung Betroffenen oder Bedrohten. Der Paritätische Niedersachsen steht gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen schützend vor genau den Personengruppen, die von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten ausgegrenzt, angefeindet und abgewertet werden.

Wir fordern eine Sozial- und Gesellschaftspolitik, die die Ursachen von Benachteiligung beseitigt, ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und sachgerechte Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße soziale Arbeit schafft!

Wir setzen uns für gute Bildung unabhängig von Herkunft und Vermögensverhältnissen ein!

Wir stehen für das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener ethnischer Herkunft, unterschiedlicher religiöser Ansichten, unterschiedlicher sexueller Orientierung und jedweden sozialen Status'!

Wir stehen für eine vielfältige Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz finden kann

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und seine Mitgliedsorganisationen Hannover, im August 2017



Für Vielfalt und Toleranz

Positionierung gegen politischen Extremismus, Ausgrenzung und Diskriminierung

Verabschiedet vom Verbandsrat des
Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.
in seiner Sitzung am 15. August 2017

Transformation unserer Welt Agenda 2030 und Nachhaltigkeitsstrategie

Die Vereinten Nationen haben 2015 die „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ beschlossen. Kern dieser Vereinbarung sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs). In 15 Jahren soll so zum Beispiel der Hunger überwunden, extreme Armut beseitigt und der Klimawandel gestoppt werden. Dies erfordert eine grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation in Richtung globaler und ökologischer Gerechtigkeit. Die SDGs sind universell gültig, womit auch Deutschland gefordert ist, seinen Beitrag zu leisten. Nicht-nachhaltige und ungerechte Strukturen, Chancengleichheit, aber auch die Qualität und Ausrichtung von Bildung gilt es zu überprüfen. Hierzulande wird der Rahmen in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) und im Nationalen Aktionsplan für Bildung für nachhaltige Entwicklung beschrieben.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) steht für lebensbegleitendes Lernen, das Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt: Wie beeinflussen meine Entscheidungen Menschen nachfolgender Generationen oder in anderen Erdteilen? BNE ermöglicht es, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Dazu ist im Nationalen Aktionsplan BNE (Juni 2017) definiert, wie von der frühkindlichen Bildung über die Schul- und Hochschulbildung, die berufliche Bildung bis in den Bereich des nonformalen Lernens das Thema BNE integriert werden soll. Es geht darum, nachhaltige Entwicklung zu praktizieren und selbst eine Akteurin oder ein



Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) steht für lebensbegleitendes Lernen, das Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt.

Foto: Lilli Breining

Akteur des Wandels zu werden, eine Organisation, in der Veränderung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sichtbar und erfahrbar wird: „Whole Institution Approach“. Dies betrifft sowohl Infrastruktur als auch Lernformate und -angebote.

Die aktuelle „Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen“ der Niedersächsischen Landesregierung will regionales Handeln mit diesen nationalen und globalen Nachhaltigkeitszielen verzahnen. Ein langfristig gefasster, gesellschaftlicher Anspruch, der unkonventionelle Antworten und dezentrale Aktionen der niedersächsischen Akteurinnen und Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen erfordert. Dazu werden als Handlungsfelder unter anderem die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Gesundheit, Inklusion, aber auch Fachkräftesicherung benannt.

Die paritätische Mitgliedsorganisation Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB), eine Landes-einrichtung der Erwachsenenbildung, arbeitet seit mehr als 30 Jahren mit Themen, die sich in den aktuellen Debatten um Nachhaltigkeit und große Transformation wiederfinden. In vie-

len dieser Bildungsaktivitäten geht es darum, die Welt in ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit zu entdecken, globale Zusammenhänge aufzuzeigen und die Lernenden zu unterstützen, ihre eigene Rolle darin wahrzunehmen und zu überprüfen. Die Bildungsangebote des VNB sind oft interdisziplinär angelegt, beziehen unterschiedliche Perspektiven, alternative Denkmodelle und positive Gesellschaftsentwürfe ein. Das Ziel: ermutigen und befähigen.

Am 21.09.2017 organisiert der VNB eine landesweite Fachtagung zum Thema „Transformation bildet – aber wie?“ Im Projekt RENN Nord (regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie) ist der VNB zusammen mit der Klimaschutz und Energieagentur KEAN Kooperationspartner für Niedersachsen, um mit regionalen Bildungsveranstaltungen und über Netzwerke vor Ort Impulse für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu geben. Weitere Informationen auf www.vnb.de.

*Claudia Sanner
Vorstand
Verein Niedersächsischer
Bildungsinitiativen e.V. (VNB)*

Die Bedeutung außerschulischer Lernorte

Leitgedanken zur Arbeit der niedersächsischen Schullandheime im Paritätischen

Was macht uns eigentlich aus? Mit dieser Frage begann die Arbeit der Schullandheime im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. an ihren gemeinsamen Leitgedanken. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Im Rahmen der letzten Fachbereichsversammlung verständigten sie sich auf zentrale Punkte, welche ihre Besonderheiten und Bedeutung als außerschulische Lernorte unterstreichen. Dabei zeigt sich: Mit den Themen Globales Lernen, Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit greifen die Schullandheime die großen aktuellen Fragen unserer Zeit auf. Auch im Sinne der eigenen Nachhaltigkeit gilt es nun, die wichtigen Leistungen der Schullandheime gegenüber Politik und Gesellschaft wieder deutlicher herauszustellen.

Im Folgenden lesen Sie die Leitgedanken, beschlossen in der Fachbereichsversammlung der Schullandheime am 06.05.2017 mit besonderem Dank an Christina Sommer, Schullandheim der Sophienschule, für die Arbeit am Konzept.

Die niedersächsischen Schullandheime sind überwiegend kleine Häuser (Ein- bis Zwei-Klassen-Häuser), die dadurch eine sehr individuelle Gestaltung der Schullandheimaufenthalte in Absprache mit dem Haus ermöglichen. Sie liegen naturnah und bieten somit die Möglichkeit, dass Kinder, die oft im täglichen Leben wenig Kontakt zur Natur haben, diese wieder neu entdecken können. Das ist unerlässlich dafür, den Wert der Natur erkennen und sie dann schützen zu können. Besonders günstige Bedingungen bieten dazu die an fünf Häusern vorhandenen Umweltstationen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) / Globales Lernen

Unter der Leitlinie der Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern die Häuser ein verantwortliches, selbständiges Handeln der Jugendlichen, das die Bedürfnisse heutiger Generationen sichert sowie die Lebensqualität zukünftiger Generationen nicht gefährdet. Dazu bedarf es einer umfassenden Betrachtungsweise der Themenkomplexe Klimaschutz, Umgang mit Ressourcen, Ernährung, die ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle und politische Aspekte miteinander vernetzen. Nach dem Motto: „Global denken – lokal handeln!“ sollen die Kinder und Jugendlichen Wissen erwerben, es überdenken und motiviert werden, individuell selbst zu handeln. Die Schullandheime stellen hierzu pädagogische Angebote für ihre Gäste bereit, die mit Hilfe von Arbeitsmaterialien und Anleitungen selbstständig durchgeführt werden können oder durch externe Kooperationspartner angeleitet werden.

Soziales Lernen

In einer Zeit, in der Mobbing in den sozialen Netzwerken und Hass gegenüber anderen immer mehr um sich greifen, ist es umso bedeutender, dass die Schullandheime Zeit und Raum bieten, um sich in der Gruppe näher zu kommen, so dass aus einer Lerngemeinschaft eine Lebensgemeinschaft wird. Hier wird ein echtes Miteinander praktiziert und es werden neue Erfahrungen gesammelt bei der Anwendung von sozialen Regeln sowie im Umgang mit Verschiedenheiten. Das ist von besonderer Bedeutung vor dem Hintergrund wachsender Flüchtlingszahlen in den Gruppen und praktizierter Inklusion an den Schulen. Es werden Konflikte gelöst, neue Freundschaften gebildet, neue Stärken an sich selbst und anderen entdeckt. Da die Gruppen ihren Aufenthalt selbstbestimmt frei gestalten, wird das Erlernen verantwortungsvollen Handelns innerhalb der Gruppe gefördert.



Im Einklang mit der Natur: Schülerinnen und Schüler erkunden das Außengelände des Schullandheims der Sophienschule.

Nachhaltigkeit in der Ernährung und beim Konsum

Die Art und Weise wie wir uns ernähren, hat erhebliche Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch und den Klimawandel. Durch eine Umstellung unserer Essgewohnheiten und eine Verhaltensänderung beim Einkauf können wir einen Beitrag leisten zu weniger CO₂-Belastung, fairem Handel und globaler Gerechtigkeit. Durch Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex und Ausprobieren verschiedener Ernährungsweisen können Kinder sich bewusst werden, dass jeder Einzelne durch sein Han-

deln Einfluss auf die Umwelt nehmen kann. Unsere Häuser streben in ihrer Arbeit und Bewirtschaftung Nachhaltigkeit an, nicht nur die Ernährung betreffend, sondern generell bei der Bewirtschaftung der Schullandheime.

Klima, Mobilität und Energie

Unsere Klima wird durch unser Verhalten bei der Mobilität und dem Energieverbrauch stark beeinflusst. Ein grundlegendes Ziel muss es daher sein, die gesellschaftlich notwendige Mobilität möglichst umweltverträglich zu gestalten. Die Schullandheime wirken darauf hin, dass die Gruppen

möglichst umweltschonend anreisen und sich auch während der Aufenthalte im Haus mit Energie und Ressourcen schonendem Verhalten befassen und es einüben. Unsere Arbeit soll in jeder Hinsicht dazu beitragen, dass Jugendliche lernen, globale Zusammenhänge ihres Handelns und des Handelns anderer zu erkennen und daraus eigene Aktivitäten zu entwickeln.

*Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
Fachbereich Schullandheime*

Weniger Plätze, weniger Betreuung

Das Jobcenter in Hannover muss sparen: Kürzungen bei den Eingliederungsleistungen

23 Millionen Euro weniger für die Förderung von Langzeitarbeitslosen in der Region Hannover: Das Jobcenter muss in diesem Jahr deutlich kürzen. Vor allem die freien Träger und die von ihnen betreuten Menschen sind die Betroffenen.

Dafür gibt es zwei Ursachen. Einerseits bekommt das Jobcenter Region Hannover weniger Geld zugewiesen. Allein diese Kürzungen machen etwa 7,5 Millionen Euro aus. Die Bundesregierung begründet das mit sinkenden Flüchtlingszahlen. In einer Podiumsdiskussion, mitorganisiert von der paritätischen Mitgliedsorganisation Werkstatt-Treff Mecklenheide, entgegnete Erwin Jordan, Sozialdezernent der Region Hannover: „Es mag weniger neue Flüchtlinge geben. Aber die Betreuungszahlen steigen, weil mehr Flüchtlinge anerkannt werden und Arbeit suchen.“ Noch dazu muss das Jobcenter mehr als 15 Millionen Euro aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungshaushalt umschichten. „Der Verwaltungshaushalt ist seit

Gründung der Jobcenter noch nie auskömmlich gewesen“, gab Jobcenter-Geschäftsführer Michael Stier die Verantwortung an Berlin weiter.

Die Folge: Die neue Richtlinie für Arbeitsgelegenheiten (AGH), in denen Langzeitarbeitslose wieder an den Ersten Arbeitsmarkt heranrücken sollen, sieht deutlich verschlechterte Betreuungsschlüssel vor. Erst im vergangenen Jahr war der Personalschlüssel verbessert worden, Sozialpädagogen betreuten nur noch zwölf statt zuvor 18 Personen. Begründung: Die intensive Betreuung sei für Personen mit sogenannten „multiplen Vermittlungshemmnissen“ wie Menschen mit schweren Behinderungen, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Haftentlassene wichtig. Jetzt steigt die Relation auf 1:20. Es gibt auch weniger Plätze in Arbeitsgelegenheiten (16.600 statt 22.000), und Arbeitnehmer, die über die „Förderung von Arbeitsverhältnissen“ unterstützt werden, bekommen keine sozialpädagogische Betreuung mehr.



Die Podiumsdiskussion zu den Kürzungen beim Jobcenter Region Hannover.

Immerhin: Bei der Podiumsdiskussion in Hannover waren sich Bundestagskandidatinnen und -kandidaten von CDU, SPD, FDP, Linke und Grünen einig, dass die Situation grundsätzlich verbessert werden müsse, um den Sockel von einer Million Langzeitarbeitslosen im Land abzubauen. Jordan und Stier hatten dann noch eine gute Nachricht: Nach neuen Berechnungen dürften die Kürzungen um drei bis vier Millionen Euro geringer ausfallen. Das Geld soll direkt in die Eingliederungsleistungen fließen.

*Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

„Nicht jeder Hut passt auf jeden Kopf“ Fachkongress und Jubiläum des Deutschen Taubblindenwerks

Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland und vier weiteren Ländern haben sich am 10./11.05.2017 zum internationalen Fachkongress „Nicht jeder Hut passt auf jeden Kopf – Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung professionell begegnen“ in Hannover getroffen. Bei dieser Multiplikatorenveranstaltung ging es um die weitere Professionalisierung von Unterstützungsangeboten für Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung. Gemeinsame Ausrichter waren: die paritätische Mitgliedsorganisation Deutsches Taubblindenwerk gemeinnützige GmbH und der Partner des durch die Europäische Union im Rahmen des Erasmus+ geförderten internationalen Vernetzungsprojekts „Professionalisierung pädagogischer Konzepte mittels Entwicklung eines Qualifizierungsangebots im europäischen Taubblindenwesen (PropäK EQUAT)“ aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden und der Schweiz sowie der Verbands für Blinden- und Sehbehindertenpädagogik e.V. (VBS)

Die Tagung wurde durch die Trommelgruppe des Bildungszentrums Hören – Sehen – Kommunikation eröffnet. Die Niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt richtete persönliche Grußworte an die Kongressteilnehmer. In Vorträgen aus Wissenschaft und Forschung wurde die Situation von Menschen mit Hörsehbehinderung/Taubblindheit aus pädagogischer, medizinischer und technischer Sicht beleuchtet. Eltern und Betroffene stellten ihre konkrete Lebenswirklichkeit vor. Die Teilnehmenden erhielten Einblick in den aktuellen Stand des Mitarbeiterschulungs-



Die Kongressteilnehmenden applaudieren in Gebärdensprache.

Foto: Peter Putz

programms, welches gegenwärtig im Rahmen des EU-Förderprojekts erarbeitet wird. Die Kongressbesucher konnten wichtige Impulse für die Begegnung mit Menschen mit doppelter Sinnesbeeinträchtigung in ihr jeweiliges Praxisfeld aufnehmen.

In Workshops wurden praxisrelevante Konzepte und Methoden vorgestellt und vertiefend erörtert. Neben dem Tagungsprogramm gab es in den Pausen und am Abend Gelegenheit zum intensiven Austausch unter Kolleginnen und Kollegen.

Am Ende dieser ereignisreichen Woche feierte das Deutsche Taubblindenwerk sein 50-jähriges Bestehen in einer Jubiläumsveranstaltung. Seit 1967 setzt sich die gemeinnützige Einrichtung für hörsehbehinderte und taubblinde Menschen und deren Rechte ein. Mit beeindruckendem Erfolg: Das Deutsche Taubblindenwerk ist die größte Einrichtung ihrer Art mit einem Angebot an Frühförderung, ei-

nem Bildungszentrum, einer Rehabilitation, Wohnheimen sowie Arbeits-, Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten. Die Arbeit des Hilfswerks hat das Ziel, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Taubblindheit und Hörsehbehinderung ein menschenwürdiges und möglichst selbstständiges Leben zu ermöglichen.

Die Beiträge zum Internationalen Fachkongress „Nicht jeder Hut passt auf jeden Kopf – Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung professionell begegnen“ stehen auf der Website des Deutschen Taubblindenwerks zur Verfügung, weitere Informationen unter www.taubblindenwerk.de

Christel Skusa
Taubblindenlehrerin
Traute Becker
Frühförderung und Pädagogische Beratung
Deutsches Taubblindenwerk
gemeinnützige GmbH

Bewältigung für Eltern und Entlastung für Kinder

Stabilisierungsgruppe für psychisch erkrankte Eltern

Wie helfen Familienhelfer dem Kind, wenn die Mutter psychisch krank ist? Was tun, wenn dann die Wartezeit auf eine Therapie Monate beträgt? Mit dieser Situation ist die Familienhilfeeinrichtung Fachanbieter für Betreuungen gGmbH (FaB), eine paritätische Mitgliedsorganisation in Hannover, häufig konfrontiert. Eine Antwort auf diese Problematik bietet die Stabilisierungsgruppe für Mütter und Väter.

Bei jeder dritten Familie im Arbeitsfeld der Einrichtung treten bei einem Familienmitglied, insbesondere bei Frauen, traumatische Gewalterfahrungen auf. Sie korrespondieren häufig mit Borderlinestörungen, Suchterkrankungen, Essstörungen, aber auch Angststörungen und Depressionen oder Dissoziativen Identitätsstörungen. Zwar steht in der Region und Stadt Hannover ein umfangreiches kommunales und ärztliches Beratungs- und Hilfeangebot zur Verfügung. Doch geraten die Versorgungsstrukturen an die Grenzen einer steigenden Inanspruchnahme.

Gravierend für die betroffenen Menschen sind unter anderem die langen Wartezeiten auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung. Manchmal ist dann eine schnelle, kurz getaktete Intervention notwendig. Bei der Stabilisierungsgruppe handelt es sich um solch ein ergänzendes Angebot, das FaB 2015 und 2016 selbst finanzierte und das in diesem Jahr durch die Stiftung Opferhilfe getragen wird.

Einmal pro Woche treffen sich für zwei Stunden bis zu acht Menschen

über einen Zeitraum von zehn Wochen. Ihr Ziel: Neue Verhaltensweisen für das Hier und Jetzt gegenüber dem Kind und der Familie zu entwickeln und die Resilienz zu erhöhen.

Die Arbeit in der Gruppe gliedert sich in vier Bereiche: Austausch, Imaginationsübungen, Psychoedukation und Entwicklung von Ressourcen. Dabei werden zum Beispiel folgende Fragen bearbeitet: Lebe ich jetzt tatsächlich in äußerer Sicherheit? Wann schalte ich ab, wie schütze ich mich? Wie entstehen beängstigende Situationen und wie bewältige ich diese? Was hat mir bisher geholfen? Was kann ich noch nutzen?

Das Beispiel einer Imagination soll verdeutlichen, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen. Sie gestalten in ihrer Fantasie einen Ort, einen Raum oder einen Garten so, dass sie sich in ihm sicher und wohl fühlen. Mit etwas Übung können sie diesen kreierte Raum immer wieder nutzen und sich in belastenden Situationen dort „in Sicherheit“ bringen. Die Teilnehmenden erlangen so wieder mehr Kontrolle über ihre Wahrnehmung. Sie können Angenehmes verstärken und Unangenehmes auf Distanz halten. Mithilfe dieser Technik wird ein sogenannter „innerer Helfer“ kreierte, der zunächst als Fantasie, aber auch zunehmend als Berater und Unterstützer in die Gedanken integriert wird.

Eine andere Imagination gestaltet einen „Tresor“, mit dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Platz erschaffen, an dem bedrohliche Inhalte verschlossen werden können. Entscheidend bei all diesen Imaginati-

onen ist das Erleben und Lernen, wie man die „Dämonen“ beherrschen kann und den Flashbacks (überfallartige Wiederkehr von Traumata oder Ängsten) nicht mehr hilflos ausgeliefert ist.

Ein wichtiger Effekt in der Arbeit der Stabilisierungsgruppe ist die mit besseren Bewältigungsstrategien der Mütter einhergehende Entlastung der Kinder. Denn sie übernehmen häufig eine viel zu große Verantwortung gegenüber dem kranken Elternteil, die ihre kindgerechte Entwicklung behindert. Die Mutter einer Achtjährigen drückte es einmal folgendermaßen aus: „Also, darüber rede ich schon mit meiner Tochter. Irgendwo brauche ich sie dann auch. Manchmal, wenn ich sehr traurig bin, dann ist sie für mich auch noch ein bisschen Halt. Auch wenn ich sehr depressiv bin, ist sie für mich ein Rückhalt, nicht irgendwelche schlimmen Dinge zu tun. Denn sie braucht mich ja noch.“

Es ist noch zu früh, die Wirkungen dieses verhältnismäßig jungen Angebots umfassend auszuwerten. Aus den Reaktionen der Teilnehmenden und den nachgehenden Erfahrungen in der Familienhilfe lässt sich festhalten, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besser mit psychischen Belastungen umgehen können, ihnen ausgewählte Imaginationen wie der „Tresor“ konkret helfen und ihre Kinder allmählich aus der für sie überfordernden Situation herauskommen.

*Klaus Minkner
Geschäftsführer
Fachanbieter für Betreuungen
gGmbH (FaB gGmbH)*

Gute Beratung sichert Teilhabe

Fachtag zur ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung stößt auf große Resonanz

„Eine wichtige Forderung der Lebenshilfe ist durch die Einführung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung umgesetzt worden. Besonders für die Lebenshilfe als Elterninitiative gehört die unabhängige Beratung zum Selbstverständnis“, so Franz Haverkamp, Vorsitzender der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V., im Rahmen eines niedersachsenweiten Fachtags zur unabhängigen Teilhabeberatung.

Über 80 Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Organisationen aus Niedersachsen trafen sich am 19.07.2017 auf Einladung der Lebenshilfe Niedersachsen in Hannover und informierten sich über die Einführung der unabhängigen Teilhabeberatung. Über die Rahmenbedingungen führte Alfons Polczyk, Referatsleiter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, aus.

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) richtet die Leistungen noch deutlicher personenzentriert und individualisiert aus und stärkt dadurch Selbstbestimmung und Teilhabe von

Menschen mit Behinderungen. Um die Wünsche und Vorstellungen von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen, müssen die Leistungsberechtigten umfangreich über die verschiedenen Möglichkeiten der



Franz Haverkamp

Unterstützung informiert werden, denn gute Beratung sichert Teilhabe. Dabei ist die „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ ein wichtiger Baustein, um Menschen mit Behinderungen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen.

Vielfalt in der Beratungsstruktur sichert aus Sicht der Lebenshilfe Niedersachsen gute Beratung. Vorsitzender Franz Haverkamp betonte, dass „Beratung für alle Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen niedrigschwellig zugänglich sein muss“. So individuell, wie die Wünsche und Bedarfe von Menschen mit Behinderungen sind, so unterschiedlich muss Beratung sein. So benötigen Menschen mit einer geistigen Behinderung andere Informationen als Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung.

Als Elterninitiative begrüßt die Lebenshilfe Niedersachsen daher besonders die Beratungsmethode des „Peer Counseling“. Damit ist gemeint, dass Menschen mit Behinderungen ihr Wissen in der Beratung weitergeben. „Die Lebenshilfe hat durch die Beratung von Eltern durch Eltern bereits Erfahrungen als Peer-Berater sammeln können“, sagte Franz Haverkamp. Dabei greift die Beratungsmethode des „Peer Counseling“ nicht nur die notwendige vielfältige Ausgestaltung der Teilhabeberatung auf, sondern ermöglicht es, dass Ratsuchende durch Selbstbetroffene als Berater lebensweltnah informiert werden.

*Frank Steinsiek
Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen e.V.*

Egal, ob Sie im Parität Report die Arbeit Ihrer Organisation vorstellen, eine Anzeige schalten oder allgemeine Fragen zu unserem Verbandsmagazin stellen möchten – unter

report@paritaetischer.de

erreichen Sie die Redaktion des Parität Report, die Ihnen weiterhilft. Nutzen Sie unsere neue E-Mail-Adresse für alle Ihre Anliegen rund um unser Magazin – wir freuen uns auf Ihre elektronische Post!

Zukunft gesichert

Perspektive gGmbH ist neue Tochtergesellschaft des Paritätischen Niedersachsen

Die Perspektive gGmbH in Lüchow-Dannenberg ist seit mehr als 15 Jahren eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., tätig im Bereich der Elementarpädagogik und der ambulanten Jugendhilfe. Die Suche nach einem Nachfolger für den Gründer und bisherigen Geschäftsführer, Thomas Pieterek, gestaltete sich über ein Jahr lang als schwierig und letztendlich vergeblich. Es war Thomas Pieterek ein Anliegen, dass die Perspektive im paritätischen Kontext bleibt, da er die Fachberatung sehr schätzt und die



Thomas Pieterek mit Ehefrau Gesine.

Grundsätze des Paritätischen als Verband teilt und vertritt. Nach Beratungen mit dem Landesverband ist die Perspektive gGmbH zum 01.07.2017 eine Tochtergesellschaft des Paritätischen Niedersachsen geworden. Der

langjährige Geschäftsführer konnte sich damit beruhigt in den verdienten Ruhestand verabschieden und zeigte sich über die gefundene Lösung sehr zufrieden: „So kann die Perspektive weiter als eigener Betrieb bestehen bleiben, und die erreichten Vereinbarungen und Standards für die Mitarbeitenden bleiben gesichert. Gleichzeitig ist der Verbleib im Paritätischen damit gegeben.“

Stefan Müller-Teusler
Kreisverbandsgeschäftsführer
Paritätischer Uelzen

Friedrich Stubbe neuer VdK-Landesverbandsvorsitzender

Sozialverband wählt neue Vorstandsmitglieder

Auf der Landesverbandskonferenz 2017 der paritätischen Mitgliedsorganisation Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen am 15.06.2017 wurde Friedrich Stubbe zum neuen Landesverbandsvorsitzenden ge-

wählt. Zuvor hatte er bereits sechs Jahre lang den stellvertretenden Vorsitz des 81.000 Mitglieder zählenden Verbands inne. Die kommissarische Leitung des VdK übernahm er ab November 2016 nach dem Rück-

tritt von Rolf Reinemann. Friedrich Stubbe ist seit 17 Jahren Mitglied im VdK und steht außerdem dem Kreisverband Cloppenburg vor. Das Amt der stellvertretenden Landesverbandsvorsitzenden übernimmt ab sofort Birgit Becker vom Kreisverband Wittmund. Ihren bisherigen Posten der stellvertretenden Schriftführerin im Landesvorstand besetzt nun Anke Erlach aus dem Ortsverband Edeweicht.



VdK-Landesverbandsvorsitzender
Friedrich Stubbe

Foto: VdK

70 Jahre Paritätischer – machen Sie mit!

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. feiert in zwei Jahren sein 70-jähriges Bestehen. Das Jahr 2019 soll ganz im Zeichen dieses Jahrestags stehen, die Vorbereitungen haben schon begonnen. Unter anderem ist geplant, eine Filmdokumentation zu drehen. Zeitzeugen aus verschiedenen Epochen paritätischer sozialer Arbeit sollen zu Wort kommen, und der Film soll einen guten Überblick über die vielfältige Arbeit der Mitgliedsorganisationen und Kreisverbände bieten.

Dabei ist der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. auf Ihre Hilfe angewiesen, liebe Leserinnen und Leser: Bitte durchforsten Sie ihre Archive nach Videos aus den vergangenen 70 Jahren – Einblicke in die tägliche Arbeit Ihrer Einrichtungen, Aufnahmen von Festen, Aktionen und vor allem von Menschen, die in Ihren Organisationen aktiv waren oder von Ihnen betreut wurden. Schicken Sie Ihre Funde an Uwe Kreuzer, Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Gandhistr. 5a, 30559 Hannover oder uwe.kreuzer@paritaetischer.de. Vielen Dank!

Hans-Gerd Finke
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Sozialverband VdK
Niedersachsen-Bremen e.V.

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seinen Vorstandssitzungen die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir Ihnen an dieser Stelle kurz vorstellen. Weiterführende Informationen und Links über unsere Mitgliedsorganisationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf unserer Website www.paritaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

Ambulante Pädagogische Lebenshilfen – AmPäL gGmbH, Stemwede

Die AmPäL gGmbH (Ambulante Pädagogische Lebenshilfen) ist eine Einrichtung des Vereins Lebensperspektive e.V. (siehe unten). Sie bietet vielfältige Behandlungsmöglichkeiten im ambulanten und tagesstrukturierenden Bereich an. Hier werden Dienstleistungen an verschiedenen Orten in den Landkreisen Minden, Lübbecke, Osnabrück, Diepholz und der Stadt Bremen – und damit die Behandlung möglichst gemeindenah – durchgeführt. Da die Aufgaben sehr verschieden sein können, werden die Behandlungsteams multiprofessionell auf Honorarbasis und in Festanstellung zusammengesetzt. Sie bestehen aus Erzieherinnen und Erziehern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Psychologinnen und Psychologen, Psychiaterinnen und Psychiatern sowie Sekretariatsmitarbeiterinnen.

Bundesverband der Organtransplantierten (BDO) e.V., Bockenem

Der Bundesverband der Organtrans-

plantierten (BDO e.V.) ist ein seit über 30 Jahren bestehender gemeinnütziger Selbsthilfverband, der in erster Linie von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern getragen wird. Das Engagement umfasst Begegnung, Beratung, Betreuung, Information, Kooperation und Organisation. Getragen und mit Leben erfüllt wird dies durch Betroffene, die in den bundesweit 22 regionalen Selbsthilfgruppen, der Geschäftsstelle, im Vorstand, den Fachbereichen und Arbeitskreisen aktiv sind. Die Mitgliedschaft steht allen von Transplantation Betroffenen (Wartepatienten, Organtransplantierte, Angehörige) und Interessierten offen. Es gibt umfangreiche Leistungen wie zum Beispiel die Betreuung von Patienten und deren Angehörigen während der Wartezeit auf ein Spenderorgan, die Vermittlung geeigneter Gesprächspartner aus dem Mitgliederkreis sowie Aufklärung und Weitergabe von Erfahrungen an frisch Transplantierte über die besonderen Lebensumstände und Vorsichtsmaßnahmen.

Deutscher Kinderschutzbund Rinteln e.V., Rinteln

Der Kinderschutzbund Rinteln e.V. ist ein gemeinnütziger Verein. Er wurde 1998 gegründet und ist Mitglied im Bundesverband „Deutscher Kinderschutzbund e.V.“. Die Arbeit ist geprägt von einem wertschätzenden und achtenden Menschenbild, das die Vielfalt von Lebenswegen, Zukunftsperspektiven und ideellen Vorstellungen innerhalb unserer Gesellschaft anerkennt und begrüßt. Als anerkannter freier Träger der Jugendhilfe arbeitet der Verein innerhalb seiner Projekte vernetzt mit der Stadt Rinteln, den örtlichen Schulen, dem

Jugendamt und vielen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen vor Ort zusammen, um Rintelner Kinder und ihre Familien optimal unterstützen und fördern zu können. Die UN-Kinderrechtskonvention bildet eine wichtige Grundlage aller Kinderschutzbundorganisationen und ist neben der Satzung die Grundlage für die Arbeit.

Ehl-i-Beyt Grafschaft Bentheim und Umgebung e.V., Schüttdorf

Der Verein Ehl-i Beyt ist ein moslemisch-alevitischer Verein, der im Oktober 2014 gegründet wurde und der mittlerweile über 30 regional ansässige Familien zu seinen Mitgliedern zählt. Ziel des Vereins ist es, die aus eigener Migrationsgeschichte gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse zu nutzen, um insbesondere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu mobilisieren. Er unterstützt Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren durch Bildungs- und Hilfsangebote bei der Integration. Der Verein legt einen besonderen Wert auf ein friedlich-freundliches Zusammenleben mit allen Bürgern und einer Kooperation hinsichtlich der Verbesserung der Lebensqualität in der Gesellschaft. Zu diesem Zweck hat er eine Begegnungs- und Fortbildungsstätte für Menschen unterschiedlicher Nationalitäten gegründet.

FIPS Peine GmbH, Peine

Die FIPS Peine GmbH mit Sitz in Peine wurde am 04.11.2005 gegründet. Die Gesellschaft beschäftigt zwei hauptberuflich und zwei teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter/innen. Zweck der Gesellschaft ist das Betreiben

von Einrichtungen und Angeboten für psychisch kranke Menschen, seelisch behinderte Menschen und sozial bedürftige Menschen. Seit 2013 übernimmt die FIPS Peine GmbH die Anleitung von Klienten der FIPS gGmbH bei handwerklichen Arbeiten und führt in deren Auftrag auch Hausmeister-tätigkeiten durch. Die FIPS Peine GmbH legt ihren Schwerpunkt auf die Integration behinderter Menschen durch Anleitung und Betreuung bei Übernahme einer Tätigkeit bis hin in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Damit werden neue Wege der Inklusion durch Beschäftigung gefunden.

Gemeinnütziger Verbund sozialer Dienste gGmbH, Bad Essen

Die Gemeinnütziger Verbund sozialer Dienste gGmbH mit Sitz in Bad Essen besteht seit 1995. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugend, die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Zivilbeschädigte und Behinderte. Die Gesellschaft trägt zur Entwicklung der psychosozialen Versorgung bei. Diesbezüglich werden ambulante, teilstationäre und sonstige soziale Dienste aller Art erbracht. Zurzeit betreut die gGmbH eine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Ausländer mit zehn Plätzen für männliche Flüchtlinge ab 14 Jahren. In Vorbereitung befinden sich vollstationäre sozialpädagogische Wohngruppen, sozialpädagogisch betreutes Wohnen sowie weitere Angebote, die dem Gesellschaftszweck entsprechen.

Lebensperspektive e.V., Stemwede

Der Verein Lebensperspektiven e.V. setzt sich aus interessierten Menschen, welche sich für Menschen aus Benachteiligungsstrukturen engagieren, zu-

sammen. Er hat seinen Sitz in Stemwede. Zweck des 2008 gegründeten Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe, der Erziehung, der Volks- und Berufsbildung, der Behindertenhilfe und des Wohlfahrtswesens sowie die selbstlose Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen. Für die Erreichung der gesetzten Ziele betreibt der Verein eigene Einrichtungen, in denen er als alleiniger gemeinnütziger Gesellschafter auftritt: die Stiftung Heilpädagogisches Kinderhaus gGmbH (siehe unten) und die AmPäL gGmbH (siehe oben) sowie die gemeinnützige Servicehaus Stemwede gGmbH, ein durch den Landschaftsverband anerkanntes Integrationsunternehmen.

Pro Inklusion e.V., Northeim

Des Vereins Pro Inklusion e.V. – Verein zur Förderung der Inklusionsarbeit im Landkreis Northeim – wurde im Juli 2016 gegründet. Er setzt sich für die Verwirklichung der im „Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen“ (UN-Behindertenrechtskonvention) formulierten Menschenrechte behinderter Menschen ein. Zu den vorrangigen Aufgaben des Vereins gehört es, die Gleichstellung, die Selbstbestimmung und die volle gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen voranzubringen und gegen jegliche Diskriminierung behinderter Menschen einzutreten. In seiner barrierefreien Geschäfts- und Beratungsstelle bietet der Verein ein niedrigschwelliges, unabhängiges, personenzentriertes, unparteiliches Informations-, Beratungs- und Vernetzungsangebot für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige.

Rettung und Ambulanz e.V., Liebenburg

Der Verein Rettung und Ambulanz (RuA) wurde im Februar 2015 ge-

gründet und besteht aus 22 ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zum Team gehören ehrenamtlich erfahrene Einsatzkräfte vom einfachen Sanitätshelfer, Sanitätsgruppenführer oder Erste-Hilfe-Ausbilder bis hin zum Rettungssanitäter. Der Verein befasst sich hauptsächlich mit der Förderung der Rettung aus Lebensgefahr und der Förderung des Katastrophenschutzes. Zu den Angeboten gehören Sanitätsdienste (z. B. bei Sportveranstaltungen, Konzerten oder Feiern) sowie Erste-Hilfe-Ausbildungen. Auch Einweisungen und Training mit automatischen externen Defibrillatoren (AED) werden vermittelt.

Sozialwerk Alte Linnenschule e.V., Seesen

Das Sozialwerk der Freien Christengemeinde Seesen wurde im Juni 2016 zum größten Teil von Mitgliedern der Freien Christengemeinde Seesen KdöR gegründet. Der Verein möchte seinen Beitrag dazu leisten, dass Menschen sich angenommen und wertgeschätzt fühlen, indem er ihnen mit ganz praktischen Hilfestellungen im Alltag dient. Ziel ist es, Menschen aus Notsituationen heraus zu helfen und ihnen damit neue Hoffnung zu schenken. Das Sozialwerk arbeitet als eingetragener Verein unabhängig von der Freien Christengemeinde, nutzt aber deren Räumlichkeiten und Ressourcen. Zu den Angeboten des Vereins zählen z. B. eine Kleiderkammer, gemeinsame Veranstaltungen, ein Cafétreff, eine Kreativstube sowie Hausaufgabenbetreuung.

Sozialwerk Leer Mobiles Pflorgeteam gGmbH, Leer

Die Sozialwerk Leer Mobiles Pflorgeteam gGmbH mit Sitz in Leer besteht seit 2017 und beschäftigt einen hauptberuflichen und vier teilzeit-

beschäftigte Mitarbeiter. Die Gesellschaft hat den Zweck der ambulanten Unterstützung von hilfe- und pflegebedürftigen Personen, konkret verwirklicht im Betrieb eines ambulanten Pflegedienstes. Einziger Gesellschafter ist der „Sozialwerk der Freien Christengemeinde Leer e.V.“, der das Altenpflegeheim „Haus Friede“ betreibt und Träger von 22 Seniorenwohnungen und 18 Wohnungen des Betreuten Wohnens ist. Mit dem im Aufbau befindlichen mobilen Pflage-team wird das Sozialwerk für diese Wohnanlagen künftig ambulante Pflegedienstleistungen aus einer Hand anbieten.

Stiftung Heilpädagogisches Kinderhaus gGmbH, Stewede

Die Stiftung Heilpädagogisches Kinderhaus gGmbH ist eine Einrichtung des Vereins Lebensperspektive e.V. (siehe oben). Sie hat sich als Aufgabe gesetzt, gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien ein neues, gemeinsames und gesundes Lernen zu initiieren. Dabei ist es ihr sehr wichtig, die vielfältigen Formen des systematischen Lernens in Regelschulen und Förderschulen mit der Erziehung in der Stiftung Heilpädagogisches Kinderhaus zu verknüpfen. Es soll damit ein späterer Übergang zum konkreten beruflichen Lernen

deutlich in den Vordergrund der Aufgaben der Stiftung Heilpädagogisches Kinderhaus für Kinder, Jugendliche und deren Familien gestellt werden.

Verbandsjubiläen

Wir gratulieren folgenden Mitgliedsorganisationen zu besonderen Jubiläen ihrer Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. in den Monaten Juli, August und September 2017:

10 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 2007)

- Baumhaus e.V., Westoverledingen
- IFI Kinderheim Leer gGmbH, Ihlow/Riepe
- IFI Stiftung, Ihlow/Riepe
- Initiative für ein Internationales Kulturzentrum Hannover/ Niedersachsen IIK e.V., Hannover

20 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1997)

- Werk-statt-Schule e.V., Northeim
- Deutscher Kinderschutzbund Schaumburg e.V., Stadthagen
- Waldkindergarten Lüneburg e.V., Lüneburg

25 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1992)

- Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik Hude e.V., Hude
- Lebenshilfe Stadthagen gGmbH, Stadthagen

30 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1987)

- IFI Initiative für Intensivpädagogik gGmbH, Riepe
- Landwehr e.V., Lüneburg
- Michael Kindergarten Oldenburg e.V., Oldenburg
- Netzwerk-Wolfsburg e.V., Wolfsburg
- Kinderzukunft Grüner Baum Emden e.V., Emden

35 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1982)

- Stadt- und Regionalverband der Hörgeschädigten Braunschweig e.V., Braunschweig
- Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V., Nottensdorf
- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverband Wolfenbüttel, Wolfenbüttel
- Lebenshilfe Helmstedt-Wolfenbüttel gGmbH, Wolfenbüttel

40 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1977)

- Delme-Werkstätten gGmbH, Bassum

55 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1962)

- Waldorfkindergarten am Giersberg e.V., Braunschweig

Der Musik-in-Liner wird sesshaft

Oberschule Berenbostel freut sich über das „rollende Tonstudio“ des Paritätischen



Jubel für den neuen Musikraum: Die Schülerinnen und Schüler freuen sich über den Musik-in-Liner.

Der Musik-in-Liner hat seine letzte Tour beendet: Fast zehn Jahre lang ist der zum „rollenden Tonstudio“ umgebaute ehemalige Linienbus als Projekt des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. mit seiner Mitgliedsorganisation MusikZentrum Hannover gemeinnützige GmbH kreuz und quer durch Niedersachsen gefahren. Hunderte vorrangig benachteiligte Kinder und Jugendliche konnten in dieser Zeit in Workshops, Unterrichtsstunden und ähnlichen Angeboten Musik machen – dank des mit Instrumenten und Geräten zur Aufnahme und zum Abmischen ausgestatteten Busses.

Nun ist der altersschwache Musik-in-Liner „sesshaft“ geworden und hat einen letzten, permanenten Standort auf dem Schulhof der Oberschule Berenbostel in Garbsen gefunden. Dort wird er künftig den rund 450 Schülerinnen und Schülern der ehemaligen Real- und Hauptschule als „etwas anderer“ Raum für den Musikunterricht zur Verfügung stehen. „Die Professionalität hat bei uns Einzug gehalten“, freute sich Schulleiter Axel Dettmer anlässlich der Übergabe des Busses

am 21.8.2017: „Der Bus gibt unseren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Musik zu machen und sie auch gleich professionell aufzunehmen.“

Der Zahn der Zeit hatte am Bus genagt, sagte Anne Günther, Abteilungsleiterin Mitgliederförderung beim



Die offizielle Schlüsselübergabe, von links: Axel Dettmer, Iris Metge und Anne Günther sowie Bernd Boeck und Erich Braun vom Kuratorium der Anneliese und Klaus Petersen-Stiftung.

Paritätischen Niedersachsen: „Am Bus musste immer mehr repariert werden, und die nächste TÜV-Abnahme hätte er nicht mehr geschafft“, erklärte sie den Schülerinnen und Schülern, die ihren neuen Musikraum neugierig in Augenschein nahmen.

Der Paritätische Niedersachsen hatte daher nach Ideen zur Weiternutzung des Busses gesucht, denn auch wenn der Bus nicht mehr mobil unterwegs sein konnte, sprach nichts gegen eine stationäre Nutzung als Ton- und Musikstudio. Über die Anneliese und Klaus Petersen-Stiftung, einer Unterstiftung von Transpari – Bürgerstiftung im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. –, wurde der Kontakt zur Oberschule und zur Stadt Garbsen hergestellt. Man wurde sich schnell einig und der Paritätische übergab den Bus an die Stadt Garbsen mit der Vorgabe, ihn im Sinne der Anneliese und Klaus Petersen-Stiftung zu nutzen. „Ohne den Paritätischen wäre das alles nicht möglich gewesen, nun hat die Oberschule ein neues Wahrzeichen“, sagte die Schuldezernentin der Stadt Garbsen, Iris Metge.

Ab November 2008 bis Mitte Juli 2017 war der Bus als Musik-in-Liner unterwegs. Er sollte Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, Musik als kreatives Ausdrucksmittel für sich zu entdecken und zu nutzen. Der Schwerpunkt lag in der interkulturellen Arbeit und der Förderung musikalischer Neueinsteiger. Durch die Barrierefreiheit des Busses wurde er oft für integrative Projekte gebucht, auch generationsübergreifende Module waren möglich. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen freut sich, dass der Musik-in-Liner weiterhin ein Ort des kreativen Schaffens bleibt und auch integrativ und inklusiv weiter genutzt wird.

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Inklusives Soundfestival

Paritätischer Niedersachsen bei der „Fête de la Musique“

Was für eine bunte, inklusive Party: Bereits zum vierten Mal hat sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. bei der „Fête de la Musique“ in Hannover beteiligt. Das große internationale Musikfest wird jährlich am 21.6. gefeiert, und bei der hannoverschen Ausgabe ist die „paritätische Bühne“ am zentralen Platz der Weltausstellung kaum mehr wegzudenken. Wie gewohnt bot der Landesverband, gemeinsam mit seinem Jugendverband Paritätisches Jugendwerk und gefördert von der Glücksspirale, auf der großen (und einzigen) inklusiven Bühne ein vielfältiges Programm.

Menschen mit und ohne Beeinträchtigung, mit und ohne Migrationshintergrund, Kinder, Jugendliche und Ältere präsentierten unterschiedlichste Musikrichtungen mit einer Leidenschaft, die sich auch auf das Publikum übertrug. Das Programm bot für jeden Geschmack etwas: Nach dem traditionellen Auftakt des generationsübergreifenden „Großen Trommelwirbel“ folgten Auftritte sowohl junger Bands als auch gestandener Künstler. Mit dabei waren unter anderem 8 Seasons, ein Bandprojekt des Jugendzentrums Leer, deren Mitglieder neben der „gewohnten“ Bandbesetzung auch klassische Instrumente wie Harfe und Geige spielen. The Mix, eine integrative Band



Sie brachten das Publikum zum Mitrocken: Die LeWis auf der „paritätischen Bühne“.

aus Braunschweig, hatte wenige Tage zuvor noch Auftritte in Dänemark absolviert und zeigte in Hannover, wie toll inklusiver, handgemachter Rock mit ehrlichen Texten klingen kann.

Mit großem Jubel wurde LeWis begrüßt, die inklusive Hausband der paritätische Mitgliedsorganisation Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Seelze e.V. LeWis brachten nicht nur viele Fans und neue Songs, sondern auch „paritätische Geschichte“ mit auf die Bühne – die Band war Anfang 2009 im Rahmen eines Projekts im Musik-In-Liner entstanden. Der zum Tonstudio umgebaute Linienbus, der anlässlich der „Fête de la Musique“ seinen letzten großen öffentlichen

Auftritt hatte (siehe Seite 34), stand nur wenige Meter neben der Bühne. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen Niedersachsen standen hier für Gespräche und Informationen rund um das Angebot des Landesverbands zur Verfügung.

Auch während der Umbauphasen wurde es nicht langweilig, sondern ging mit verschiedenen Künstlern und Gruppen auch vor der Bühne weiter. Neben der inklusiven Tanzgruppe Weberhäuser, die zwei ihrer Choreografien zeigte, sorgte vor allem eine kurze Salsastunde für Begeisterung beim Publikum. Florian König, Fachberater Behindertenhilfe beim Paritätischen Niedersachsen, gab in einem kurzen Interview einen Überblick über den Einsatz des Wohlfahrtsverbands zugunsten von Menschen mit Beeinträchtigungen. Fazit der „Fête“ 2017: Alles in allem ein gewohnt tolles Fest für alle Besucherinnen, Besucher und Beteiligten.

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.



Die inklusive Tanzgruppe Weberhäuser sorgte mit ihrer Darbietung für Unterhaltung und gute Stimmung auch während der Umbaupausen.

Von Null auf Note 2

Auszubildende der Lebenshilfe Braunschweig startet im Berufsleben voll durch

Große Pause. In der Mensa der Integrierten Gesamtschule Querum ist kein Durchkommen mehr. Dutzende Schülerinnen und Schüler stehen an, machen Mittag, decken sich am Kiosk mit Müsli-Riegeln und Croissants ein. Zwei Stunden haben sie still gegessen, jetzt wird es laut, sehr laut. Ohne Zeichensprache läuft hier nichts. Doch alles geht seinen geregelten Gang. Ob groß, ob klein, jeder bekommt seinen Wunsch erfüllt, niemand bleibt außen vor. Mittendrin: Diana Richter, 22 Jahre jung, die Ruhe selbst. „Reis statt Nudeln? Bitte sehr. Kein Kleingeld dabei? Kriegen wir hin.“ Die Fachpraktikerin hat den Gesellenbrief in der Tasche und bewältigt alle Herausforderungen geradezu meisterhaft. „Diana ist sehr fleißig, zuverlässig und hilfsbereit. Wir haben großes Vertrauen in sie“, lobt ihr ehemaliger Ausbilder Martin Zibler.

Das war nicht immer so. Noch vor gar nicht allzu langer Zeit ging es höchstens zuverlässig bergab: Diana wurde in der Schule regelmäßig gemobbt, stand oft im Abseits. Der Druck ließ nicht nach, sie wechselte zur Förderschule. Ausbildung? Karriere? Nicht dran zu denken, Betriebe haben andere Ansprüche. Doch Diana gab nicht auf. In einem Kurs der Agentur für Arbeit wurde ihr Talent für die Hotel- und Gastronomiebranche entdeckt. Es folgte eine Ausbildung zur Fachpraktikerin Küche bei der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH. Was ihr in der Schule niemand zugetraut hätte, trat am Ende ein: Note 2 in der Prüfung, Jahrgangsbeste, Anerkennung von allen Seiten. Bei der Lebenshilfe erhielt sie daraufhin einen Arbeitsvertrag.



Schritt für Schritt: Nach ihrer Ausbildung bei der Lebenshilfe Braunschweig hat Diana Richter nun einen Arbeitsvertrag in der Tasche – und das in ihrem Traumjob.

Foto: Frank Rogalski | Lebenshilfe Braunschweig

„Die Ausbildung hat mir Mut gemacht. Da fiel mir auch die Prüfung leicht“, erklärt Diana ihr gutes Abschneiden. Die schwere Zeit davor betrachtet sie heute so: „Ich habe immer nur meine Arbeit gemacht, mich nicht ablenken lassen.“ Selbst den Lehrern habe sie nichts von den ständigen Sticheleien gesagt. „Ruhig bleiben, einfach nicht hinhören“, so lautete ihr Motto. Pläne für die Zukunft? Diana bleibt bescheiden. „Ich freue mich gerade über meine erste eigene Wohnung“, sagt sie lächelnd. Sie sei zufrieden mit dem, was sie habe, brauche keine Reichtümer. Das passe nicht zu ihr.

Als Mitarbeiterin in der Integrierten Gesamtschule Querum passt alles. „Sie hilft allen und hat ein gutes Auge dafür, was zu tun ist“, berichtet Küchenchef Adrian Hamann. Vor allem der Kontakt mit den Gästen gebe ihr Kraft und motiviere sie jeden Tag aufs

Neue, betont Diana Richter: „Wenn es den Leuten schmeckt, freut mich das sehr!“

Die große Pause ist fast vorbei, jetzt ist wieder zügiges Tempo gefragt. Die nächsten Gäste warten, wollen noch schnell essen vorm Unterricht am Nachmittag. Dann ist es geschafft. Durchatmen. Feierabend? Weit gefehlt. Nach dem Essen ist vor dem Essen. Aufräumen, Abwasch und Vorkochen stehen an. Auch morgen haben die Menschen Hunger. Mittlerweile ein ganz normaler Tag im Leben von Diana Richter. Wer hätte das vor ein paar Jahren gedacht?

*Frank Rogalski
Elke Franzen
Öffentlichkeitsarbeit
Lebenshilfe Braunschweig
gemeinnützige GmbH*

Ein buntes Miteinander im Sinne gelebter Inklusion und Integration

Abschlussbericht zum Projekt „Café Spieloase“

„Reinkommen, Ankommen und Wohlfühlen. Spielen, Bewegen und Lachen. Plaudern bei Kaffee, Tee und einem kleinen Frühstück“ – unter diesem Motto hat die paritätische Tochtergesellschaft Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH (PLSW) für knapp ein Jahr das „Café Spieloase“ angeboten. Das Projekt, das vom 06.06.2016 bis zum 31.05.2017 lief, wurde aus Spendengeldern der NDR-Benefizaktion „Hand in Hand für Norddeutschland“ zugunsten der Flüchtlingshilfe des Paritätischen finanziert. Die Ursprungsidee, Kindern ohne Kindergartenplatz einen Spielraum zu ermöglichen, hat sich als richtig erwiesen: Aus verschiedenen Einrichtungen (Kindergärten, Familienhilfe, Frauenhaus) wurden Kinder an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PLSW weitergeleitet.

Ursprünglich war geplant, das Café in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge, der Linsingen-Kaserne in Hameln, anzubieten. Allerdings wurde diese Einrichtung schnell wieder geschlossen, sodass auf die Räume der Frühförderung der PLSW ausgewichen wurde. Das Café Spieloase fand dort immer dienstags und donnerstags von 10 bis 12.30 Uhr statt. Neben einem gemeinsamen Frühstück und dem begleitetem Spiel der Kinder gab es immer einen Austausch der Eltern untereinander.

Nachdem sich das Gruppenangebot herumgesprochen hatte, kamen bis zu 29 Kinder im Alter von fünf Monaten bis zu sechs Jahren. Folgende Nationalitäten waren vertreten: syrisch, kurdisch, serbisch, afghanisch, irakisch, russisch und deutsch. Trotz

der unterschiedlichen Sprachen war ein reger Austausch unter den Kindern und Erwachsenen möglich. Zehn Kinder kamen aus Flüchtlingsfamilien, vier hatten einen Migrationshintergrund, vier Kinder kamen aus Familien, die durch das Jugendamt unterstützt werden, sechs Kinder hatten eine Beeinträchtigung und sechs Kinder kamen ins Café, deren Eltern eine Spielgruppe suchten und das Angebot der Spieloase nutzen wollten.

Im Ablauf war deutlich zu beobachten, dass die Kinder einen sehr großen Bedarf an Spielmöglichkeiten hatten. Sie nutzen sehr ausgiebig Angebote wie Kneten, Tuschen und Malen und genossen die Möglichkeit, sich unbefangen zu bewegen und zu toben. Die pädagogische Grundidee, über die Bewegung die emotionale, soziale und körperliche Entwicklung zu stärken und zu fördern, dem traumatisierten Kind einen geschützten Raum zu geben, konnte durch die professionelle Arbeit zweier Heilpädagoginnen bestens umgesetzt werden.

Zum Ende dieser Zeit war auch bei allen Kindern der Sprachfluss gegeben, sodass untereinander in unterschiedlichen Sprachen (Farsi, Arabisch und Deutsch) miteinander kommuniziert wurde. Die Kinder schafften es mit ihren kommunikativen Fähigkeiten, einschließlich der Mimik und Gestik, sich selbstständig untereinander zu verständigen. Alle hatten gelernt, sich an den immer wiederkehrenden Abläufen zu orientieren. Ein bestehendes Gruppengefühl zeigte sich dadurch, dass fehlende Kinder „vermisst“ wurden. Auch die Eltern profitierten von dem Angebot und zeigten Freude daran, mit ihren Kindern Deutsch zu lernen und sich mit anderen Eltern austauschen zu können. Die Atmosphäre zwischen allen Beteiligten war sehr harmonisch und wertschätzend.

Cathrin Strüver

Einrichtungsleiterin der Frühförderung Hameln

Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH



Freude am gemeinsamen Spiel, von links:

Alekis, PLSW-Mitarbeiterin Christine Tegtmeier-Hofmann und Ibrahim.

Foto: Uwe Menze.

Umweltbewusste Flüchtlinge erarbeiten Alternativen zum Konsum Upcycling-Projekt beim Paritätischen Kreisverband Peine

Im Landkreis Peine gibt es zum Thema Nachhaltigkeit zwar einige Kleiderkammern und wenige Secondhandläden, aber das Thema „Upcycling“ spielt in diesem Rahmen noch keine große Rolle. Beim Upcycling geht es darum, Dinge, die eigentlich zu Müll oder minderwertigen Produkten würden, so umzugestalten, dass diese einen Mehrwert haben. Das liegt aber nicht nur im Trend, sondern ist für viele Menschen inzwischen eine Lebenseinstellung. Seit Anfang Juni 2017 und noch bis zum Jahresende findet beim Paritätischen Peine ein Upcycling-Projekt für Flüchtlinge statt.

Flüchtlingsfrauen und -männern als Ausgangspunkt für den Integrationsprozess zu nutzen und Ausrangiertem neues Leben einzuhauchen, um Müllberge zu verkleinern. Ein wichtiges Ziel des Projekts liegt darin, Flüchtlingen dabei zu helfen, Praxiserfahrung zu sammeln.

Das Projekt wird in Räumen des paritätischen Kreisverbands in Peine umgesetzt, bei erfolgreichem Fortbestand soll es später in der Außenstelle oder in anderen geeigneten Räumen angesiedelt werden. Hierfür sammelt

der Kreisverband ausrangierte Kleider, Stoffe und andere Materialien, die mithilfe von Nähmaschinen und Werkzeugen umgearbeitet werden. Gemeinsam mit kreativen, sozial und umweltbewusst aufgestellten Flüchtlingen will der Kreisverband so Verantwortung übernehmen und Alternativen zur aktuell vorherrschenden Konsum- und Wegwerfgesellschaft aufzeigen.

*Petra Armgart-Klinke
Projektleitung
Paritätischer Peine*

Von den rund 700 Flüchtlingen im Landkreis Peine (Stand Februar 2017) haben viele eine gute Bleibeperspektive. Deshalb ist es ein vorrangiges Ziel, die Integration und Bildung voranzutreiben. Trotz rückläufiger Zahlen bleibt die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive der Hauptansatz in der Peiner Flüchtlingshilfe. So entstand die Idee, die vorhandenen Fähigkeiten und Fertigkeiten von



*Bei der Arbeit:
Aus ausrangierten
Stoffen und Kleidungs-
stücken nähen die
Teilnehmerinnen
Kissen, Taschen oder
auch Spielzeugtiere
neu zusammen.*

Größter Interessenverband der Rentner, Sozialversicherten, behinderten Menschen

- Rat**
- Hilfe**
- Rechtsschutz**

für Mitglieder in allen
sozialrechtlichen Angelegenheiten

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.
Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
Telefon: 0441-210290, Telefax: 0441-2102910
eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de

www.vdk.de/niedersachsen-bremen

Hoher Besuch im Büro für Leichte Sprache Bundespräsident zu Gast bei den Hannoverschen Werkstätten

Am 07.06.2017 hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die paritätische Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten gem. GmbH im Laatzer Stadtteil Rethen besucht. Als jüngste Einrichtung der Werkstätten wurde das Dienstleistungszentrum 2009 in Rethen eröffnet. Neben Angeboten wie einer eigenen Bäckerei, Fleischerei und Wäscherei befindet sich dort seit sechs Jahren das Büro für Leichte Sprache.

Gesetzestexte, Behördenbriefe und auch Verträge – all das ist für Menschen mit Lern- und Leseschwierigkeiten, Migrationshintergrund und für auch Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen schwer bis gar nicht verständlich. Oft treten Verständnisprobleme schon beim alltäglichen Lesen der Zeitung auf. Um Texte zu erläutern, wurde die Leichte Sprache entwickelt.

Im Gegensatz zu Übersetzungsarbeiten von einer Sprache in die andere durchläuft die Übersetzung in die Leichte Sprache ein längeres Prozedere. Rund 50 Regeln müssen die Übersetzer der Hannoversche Werkstätten beachten. Diese umfassen unter anderem, dass Fremdwörter erläutert und Konjunktiv und Genitiv vermieden werden.

Eine Übersetzung in die Leichte Sprache soll die wesentlichen Inhalte des Ausgangstextes für jeden verständlich wiedergeben. Der Auftraggeber entscheidet, ob die übersetzten Inhalte auch die für ihn wichtigsten Aspekte umfassen. Dadurch entsteht ein kontinuierlicher Austausch zwischen dem Büro und den jeweiligen Kunden. Die derzeit 14 dort beschäf-



Übersetzer Andreas Finken (von links) erläutert die Leichte Sprache: Büroleiterin Gabriele Behrens, Vera Neugebauer, Geschäftsführerin der Hannoverschen Werkstätten, und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hören interessiert zu.

tigten Werkstattmitarbeitenden arbeiten als Übersetzer oder Prüfer. Sobald die Übersetzung abgeschlossen ist, kontrollieren die Prüfer den Text auf Verständlichkeit. Dadurch, dass die Beschäftigten selbst Menschen mit Beeinträchtigungen sind, garantieren sie ein bestmögliches Verständnis der Texte in Leichter Sprache.

Der Bundespräsident ließ sich rund eine halbe Stunde lang über Leichte Sprache informieren. „Ich nehme mit, dass nicht nur die Politiker insgesamt, sondern dass auch ich mich bemühen muss, leichter und verständlicher zu sprechen“, erklärte er im Anschluss. „Wir im Bundespräsidialamt werden uns insbesondere für die elektronischen Medien überlegen müssen, ob wir dort ein Angebot in Leichter Sprache aufnehmen.“

Die Reise des Bundespräsidenten findet unter dem Oberbegriff „Demo-

kratie“ statt. Andreas Finken vertrat die Werkstattmitarbeitenden im Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier und Ministerpräsident Stephan Weil. Andreas Finken ist als Übersetzer sowie als Prüfer tätig. „Demokratie bedeutet für mich, dass jeder Mensch die Wahlmöglichkeit hat, ob er einen Text in leichter oder schwerer Sprache lesen möchte, sagte er. „Leichte Sprache heißt nicht, dass man zu Kindern spricht. Sie richtet sich an Erwachsene mit Verständnisschwierigkeiten, und diese Zielgruppe sollte auch als erwachsen wahrgenommen und angesprochen werden.“

Linda Schulz
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
Hannoversche Werkstätten
gem. GmbH

Innovative Konzepte für kleine Patientinnen und Patienten

Saniertes Bettenhaus im Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult eröffnet

Nach zweijähriger Bauzeit hat Niedersachsens Gesundheitsministerin Cornelia Rundt am 10.08.2017 das frisch sanierte Bettenhaus im Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult, eine Einrichtung der paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt, feierlich freigegeben. Das Land Niedersachsen hat die Sanierung mit 28 Millionen Euro gefördert. „Seit seiner Inbetriebnahme 1983 hat sich das Kinderkrankenhaus kontinuierlich zu einer der leistungsfähigsten Einrichtungen für kranke Kinder in Deutschland weiterentwickelt“, erklärte Ministerin Cornelia Rundt. Gemeinsam mit Dr. Thomas Beushausen, Vorstand der Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt und Ärztlicher Direktor des Kinder- und Jugendkrankenhauses, besichtigte die Ministerin die neuen Räumlichkeiten auf drei Etagen. „Mit der Sanierung konnten wir ein völlig neues und einmaliges Konzept für ein deutsches Kinderkrankenhaus verwirklichen“, erklärte Dr. Thomas Beushausen: „Die Beleuchtungsinstallationen richten sich nach dem Tagesrhythmus der Patientinnen und Patienten und die Arbeitsplätze wurden unter großer Beteiligung unserer engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestaltet.“ Die Gesamtkosten der Maßnahme liegen bei mehr als 32 Millionen Euro.

Ab Mitte September werden die Bereiche der Kinderchirurgie/Kinderurologie, HNO, Kinder- und Jugendmedizin III (mit Diabetologie, Endokrinologie, Gastroenterologie sowie Dermatologie und Allergologie) und Kinderneurologie auf die drei Etagen im Bettenhaus zurückkehren. Hier stehen dann 114 Krankbetten zur Verfügung, weitere 37 können bei



Neues Patientenzimmer im Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult.

Foto: BULT/M. Bargiel

Bedarf zusätzlich eingerichtet werden. Patientinnen, Patienten und Angehörige erwarten dann unter anderem:

Größere, familienfreundliche Krankenzimmer: Um Platz für einen Rückzugsort für Eltern innerhalb der Krankenzimmer zu schaffen, wurden die breiten Balkone, die jedem Zimmer vorgelagert waren, überbaut. Dadurch bekam jedes Zimmer eine zusätzliche Fläche von ca. acht Quadratmetern. Die Einrichtung der neuen Zimmer für jeweils zwei Patientinnen oder Patienten beinhaltet nun zwei spezielle, nach Maß eingebaute Elternbetten, die tagsüber als Sofas genutzt werden können.

Ein innovatives Farb- und Lichtsystem: Das Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult machte in den vergangenen fünf Jahren auf der Intensivstation mit einem innovativen Farblichtkonzept sehr gute Erfahrungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Station berichten, dass weniger Schlafstörungen vorkommen und der Stress reduziert wird, was die Heilungschancen bei den Kindern deutlich verbessert. Diese positiven Impulse wurden nun auf die neu renovierten Stationen übertragen. Die

differenzierte Beleuchtung passt sich dem Tages- bzw. Biorhythmus der Patientinnen und Patienten an.

Zeitgemäße Arbeitsplätze für Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte: In den neu geschaffenen Leitstellen auf jeder Etage ist ein schneller interdisziplinärer Austausch in einer ablauf-unterstützenden Arbeitsumgebung möglich. Erstmals in einem deutschen Kinderkrankenhaus wird die Patientenaktenverwaltung komplett digital sein. In Patienten- und Behandlungszimmern haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter praktische und konkrete Detaillösungen wie Schrankaufteilung, Nasszellenplanung, Positionierung von medizinischen Anschlusskappen oder anderer Hilfsmittel mitentwickelt, um Arbeitsabläufe zu optimieren.

Ein neues „tierisches“ Wegeleitsystem: In Verbindung mit den Zahlen helfen zukünftig die preisgekrönten Kunterbult-Tiere, die bereits auf www.auf-der-kunterbult.de für Aufklärung sorgen, bei der Orientierung im Haus.

*Björn-Oliver Bönsch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Hannoversche Kinderheilanstalt*

Einer für alle, alle für einen!

Theaterprojekt des Albert-Schweitzer-Familienwerks fördert Zusammenhalt

Ausgrenzung – wie fühlt sich das eigentlich an? Dieser Frage widmen sich aktuell zwölf junge Menschen aus dem Uslarer Raum in ihrem Theaterprojekt, denn sie wollen Zusammenhalt erfahren – indem sie zunächst die Kehrseite der Medaille beleuchten. Das umfangreiche Theaterprojekt „ZusammenHalt“ ist eine Kooperationsleistung der paritätischen Mitgliedsorganisation Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V. in Niedersachsen zusammen mit dem Albert-Schweitzer-Bundesverband der Kinderdörfer und Familienwerke, dem Verein Act to Be e.V., der Albert-Schweitzer-Förderschule in Uslar sowie dem Uslarer Verein Arte Events. Fördergelder des Bündnisses für Bildung „Kultur macht stark“ ermöglichten diese gemeinsame Projektarbeit.

Ihren Regisseur betrachten die motivierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Besonderheit: Es ist Schauspieler Timo Hübsch, der unter anderem durch die Serie „Alles was zählt“ bekannt geworden ist. Zusammen mit den Teilnehmenden erarbeitete er bereits in verschiedenen Projektwochenenden und im Rahmen einer Theaterfahrt in seine Heimatstadt Köln ein großes Repertoire zum Thema einschließlich kleiner bunter Szenen, die nach und nach zum großen Ganzen führen werden. In Köln durften die Jugendlichen bereits Bühnenluft schnuppern, denn ihre Proben fanden im Theater statt.

So richtig ernst wird es für die Hobby-Schauspieler im Herbst: In ihrer Heimatstadt Uslar wird das fertige Stück „ZusammenHalt“ bei der



Für das fertige Stück ist es sehr wichtig, gemeinsame Gruppenerlebnisse zu schaffen. Besonders zur Vorbereitung finden sich daher alle mal spielerisch und mal aktionsgeladene gemeinsam auf der Bühne zusammen.

Nacht der Kultur Premiere feiern. In einem Albert-Schweitzer-Kinderdorf präsentieren die Akteure ihr eigenes Werk dann zum zweiten Mal – vor einem besonders wichtigem Publikum, denn einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind selbst Kinderdorfkinder oder leben im „Jugendwohnen“ des Albert-Schweitzer-Kinderdorfs in Uslar.

Ein Highlight für die Jugendlichen, die schon jetzt zur Erarbeitung ihres Stücks durch Höhen und Tiefen gehen: Denn sie alle tragen „ihr Paket“, sie alle haben eine Geschichte, und die Bedeutung von Zusammenhalt ist ihnen nur umso bewusster.

Mehr als einmal kamen im Rollenspiel schlimme Gedanken und Gefühle hoch, mehr als einmal wurde im Rollentausch umso energischer für Gerechtigkeit und Menschlichkeit plädiert, und mehr als einmal

fassten sich alle bei den Händen und arbeiteten lächelnd und gemeinsam gegen die unerwünschten Gedanken und Gefühle an. ZusammenHalt als einzigartiges Theaterstück wird ein ganz besonderer Beweis dafür sein, was gemeinsam möglich ist.

Im Albert-Schweitzer-Familienwerk jedenfalls ist man auf das Ergebnis schon mehr als gespannt. Und damit das Warten auch ein Ende hat, planen die Akteure am 20. September auf dem Kinderfest des Familienwerks in der Uslarer Innenstadt bereits einige kleine Szenen zu spielen.

Swenja Luttermann

PR-Assistentin

Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.

Klassik unter freiem Himmel

Blinden- und Sehbehindertenverband veranstaltet Konzert im Sinnesgarten

Warum finden eigentlich vorrangig nur Rockmusikkonzerte unter freiem Himmel statt? Wo sich der Sinnesgarten der paritätischen Mitgliedsorganisation Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. (BVN) doch geradezu auch für die sogenannte E-Musik, also ernste Musik, anbietet? Am 18.06.2017 wurde diese Überlegung in die Tat umgesetzt: Das Symphonieorchester der Medizinischen Hochschule Hannover und die blinde Solistin Gerlinde Sämann boten in der ganz besonderen Atmosphäre des Sinnesgartens mit dem Klassik Open Air ein klassisches Klangerlebnis – ein großes Orchester, Gesang, Mozart, Dvořák, Bizet und mehr unter freiem Himmel.



*Musikgenuß in besonderer Atmosphäre: Das Klassik Open Air im Sinnesgarten des Blinden- und Sehbehindertenverbands Niedersachsen e.V.
Foto: Jürgen Krause*

Bei dieser außergewöhnlichen Open-Air-Veranstaltung bestand die Möglichkeit, nicht nur die Seele und die Ohren zu verwöhnen, sondern auch den Gaumen: An Ständen auf dem BVN-Gelände konnten sich Besucherinnen und Besucher mit Kaffee oder Wein, Kuchen und Gegrilltem versorgen. Viele unterschiedliche Sitzgelegenheiten ermöglichten entspannten Hörgenuss.

Den Kern des 1978 von Professor Dr. Walter Stangel gegründeten MHH Symphonieorchesters bilden Studentinnen und Studenten und Bedienstete der MHH und anderer Universitäten. Regelmäßige öffentliche Konzerte, zu denen hochkarätige Solisten verpflichtet werden, sichern dem Orchester einen festen Platz im Kulturleben der Stadt Hannover.

Der Dirigent Volker Worlitzsch spielte als erster Konzertmeister in verschiedenen Orchestern, un-

ter anderem von 1970 bis 2009 als erster Konzertmeister in der NDR-Radiophilharmonie. Neben seiner Unterrichtstätigkeit als Dozent für Hochschulorchester und Probespiel-Vorbereitung gastiert er heute noch als Solist und Kammermusiker. Das Symphonieorchester der MHH leitet er seit 2000.

Die Solistin Gerlinde Sämann überzeugt mit einem Repertoire von historischen Werken über Lied und Oratorium bis hin zu Avantgarde und zeitgenössischem Musiktheater. Seit 1991 tritt die blinde Sopranistin solistisch mit verschiedenen Ensembles und Gruppen auf und wirkte bei zahlreichen bekannten Festivals mit – häufiger bereits im BVN Klassik Herbst.

Bei dem Open-Air-Konzert im Sinnesgarten sang sie, begleitet vom Orchester, Arien von Wolfgang A. Mozart, Edvard Grieg, Georges Bizet

und anderen. Das MHH Symphonieorchester spielte außerdem Werke von Franz von Suppé und Georges Bizet sowie die 9. Sinfonie „Aus der neuen Welt“ von Antonín Dvořák.

Das Klassik Open Air führte der BVN in Kooperation mit dem Forum Artikel 30 durch. Dabei handelte es sich um einen bundesweit einzigartigen Zusammenschluss mehrerer Verbände und Organisationen in Sachen Inklusion bezogen auf Kultur, Freizeit und Sport. Der Name bezieht sich auf den betreffenden Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention. Der Paritätische Niedersachsen unterstützt das Bündnis.

Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V.

SoVD in Niedersachsen feiert Jubiläum

Spannendes Programm bei Aktionswoche mit Politik, Konzert und Lesung

„Wenn es den SoVD nicht gäbe, müsste man ihn erfinden.“ Mit diesen Worten hat Bernd Busemann, Präsident des niedersächsischen Landtags, die Bedeutung des Sozialverbands anlässlich dessen 100. Geburtstags deutlich gemacht. Neben Bernd Busemann und dem Vorsitzenden der paritätischen Mitgliedsorganisation SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V., Adolf Bauer, bedankte sich bei dem offiziellen Festakt zum 100-jährigen Jubiläum, der am 07.06.2017 im niedersächsischen Landtag gefeiert wurde, auch Kultusministerin Frauke Heiligenstadt für den unermüdlichen Einsatz des Verbands gerade im Hinblick auf die Inklusion.



Besucher konnten sich auch die multimediale Wanderausstellung des SoVD angucken. Derzeit ist sie in ganz Niedersachsen unterwegs.
Foto: Matthias Büschking

Den runden Jahrestag beging der Sozialverband aber nicht nur mit einer Festveranstaltung, sondern auch mit einer Aktionswoche rund um die Marktkirche in Hannover. Jeder Tag in der Woche vom 7. bis 11.06.2017 stand unter einem anderen Motto. So konnten sich Besucherinnen und Besucher etwa rund um die Themen Inklusion und Sport sowie Rente und Gesundheit informieren. Unterstützt

wurde der SoVD dabei von den paritätischen Mitgliedsorganisation Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. und Turn-Klubb zu Hannover, von den Rollstuhlbasketballern von „Hannover United“, dem Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. und den „Ice Lions“, die ihr Können im Sledge Eishockey zeigten.

Zahlreiche Zuschauer zog das Kino des SoVD an. Gezeigt wurde der Film „all inclusive“. Darin wird die Geschichte von Ricky Rogalsky erzählt, der geistig behindert ist und das „Hotel Weserlust“ erbt. Kann er Manager werden? Will er das? Das Besondere an dem Film: Es standen Schauspielerinnen und Schauspieler mit und ohne Behinderung gemeinsam vor der Kamera. Im Anschluss an die Vorführung hatten die Zuschauerinnen und Zuschauer die Gelegenheit, dem Regisseur Eike Besuden und drei Schauspielern aus dem Team Fragen zu stellen.

In der Woche wurde es auch politisch: SoVD-Chef Adolf Bauer diskutierte mit Maximilian Oppelt (CDU), Ulla Ihnen (FDP), Jutta Krellmann (Die Linke), Sven Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) und Yasmin Fahimi (SPD) über die Zukunft der Rente. Eine weitere paritätische Mitgliedsorganisation, der Verein Politik zum Anfassen e.V., nutzte den Thementag „Rente“, um aus verschiedenen Interviews der Diskussionspartnerinnen und -partner und weiterer Akteure (unter anderem Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands) einen Filmbeitrag zum Thema zu erstellen. Ein weiterer besonderer Höhepunkt der Aktionswoche war die musikalische Lesung mit Samuel Koch. Der junge Schauspieler war während einer Fernsehshow schwer verunglückt und ist seitdem gelähmt.

Stefanie Jäkel
Stellv. Landespressesprecherin
SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:
Rubrik Presse auf

www.paritytaetischer.de

oder

im E-Mail-Abo

Schreiben Sie an
report@paritytaetischer.de

Kinderschutzbund feiert runden Jahrestag

60 Jahre Lobby für Kinder in Niedersachsen

Bereits seit 1957 sind in der paritätischen Mitgliedsorganisation Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e.V. Haupt- und Ehrenamtliche als Lobby für die Rechte von Kindern aktiv. Der runde Jahrestag war Anlass für ein buntes Fest und einen Rückblick auf die Arbeit des Verbands seit den frühen Jahren der Bundesrepublik. Gemeinsam mit vielen Freundinnen und Freunden, Gästen aus Politik und Kultur und langjährigen Förderern wurde das Jubiläum am 09.06.2017 in Hannover gefeiert. Johannes Schmidt, der als Vorsitzender seit fast 30 Jahren die Lobbyarbeit des Niedersächsischen Kinderschutzbunds nachhaltig geprägt hat, begrüßte die Gäste. Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt und Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbunds, sprachen die Grußworte. Beide stellten sich anschließend spontan den direkten Fragen des Jugendrats des Kinderschutzbunds. Die Moderation des Programms übernahm Andreas Kuhnt (NDR).

Premiere hatte am Abend auch ein neuer Erklärfilm zu den Angeboten des Kinderschutzbundes (zu sehen unter www.youtube.com/watch?v=Yo5LVJRuKUo), der in Zusammenarbeit mit dem 20-jährigen Jungfilmer Kaspar Liere entstanden ist – ein heimlicher Herzenswunsch, den sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Geburtstag erfüllt haben. Eine Ausstellung mit Exponaten, die ausdrücklich zum Anfassen und zur Interaktion einladen, ließ für die Gäste sechs Jahrzehnte Lobbyarbeit für Kinder und Jugendliche erlebbar werden. Der bunte Rückblick zeigte eindrucksvoll, wie sich im Laufe der



Dr. Annika Schach vom Vorstand des Kinderschutzbunds Niedersachsen (rechts) mit Mitgliedern des Jugendrats.
Foto: Liz Napino, © DKSB, LV Niedersachsen e.V.

Jahre der Blick auf Kindheit und Jugend verändert hat: Weg von gesellschaftlich akzeptierter Prügelstrafe – die erst im Jahr 2000 im § 1631 im BGB mit dem Recht auf gewaltfreie Erziehung endgültig ein Ende fand – hin zur UN-Konvention über die Rechte der Kinder. Die Konvention ist seit 1993 Grundlage der Arbeit des Kinderschutzbunds. Ein weiter Weg, der noch nicht zu Ende ist: Die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ist bis heute eine zentrale Forderung an die Politik.

Heute arbeitet der Verband mit Mitgliedern und Aktiven in ganz Niedersachsen zusammen. Für Kinder, Jugendliche, Angehörige, Kolleginnen und Kollegen bietet der Kinderschutzbund Fachkompetenz rund um Fragen des Kinderschutzes und der Kinderrechte – so entstand 2013 die Kinderschutzbund-Akademie. Als Lobby für Kinder kooperiert er mit vielen Partnern, nimmt kinderpolitisch Stellung und tritt in Medien und Öffentlichkeit die

Rechte der Kinder. Er ist Träger des Kinderschutz-Zentrums in Hannover und von landesgeförderten Projekten, die ein breites Spektrum abbilden: Sicherung der Rechte von Mädchen und Jungen, gesellschaftliche Teilhabe, Kinderrechte bekannt machen und politische Beteiligung in Kommunen.

„Besonders freuen wir uns, dass sich seit zwei Jahren junge Menschen für uns nicht nur interessieren, sondern auch als Jugendrat auf Landesverbandsebene engagieren – als Expertinnen und Experten in eigener Sache“, so die Geschäftsführerin Antje Möllmann mit Blick auf die Zukunft. „Dass die Kinderrechte, die in Niedersachsen längst Teil der Landesverfassung sind, auch endlich im Grundgesetz stehen, ist das nächste Ziel!“

Birgit Würdemann
Öffentlichkeitsarbeit
Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Niedersachsen e.V.

Eine starke Lobby für Kinder und Familien

Kinderhaus Blauer Elefant im Kinderschutzbund Hildesheim feiert 20-Jähriges

Unübersehbar hat am 14.06.2017 eine Elefantenfigur als „Empfangschef“ am Eingang des Kinderhauses Blauer Elefant gegessen: An diesem Tag feierte die paritätische Mitgliedsorganisation Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Hildesheim e.V. das 20-jährige Bestehen ihres Kinderhauses und der Verleihung des Gütesiegels Blauer Elefant mit einer Festveranstaltung im Familienzentrum in Hildesheim.

Der Vorstand des Vereins begrüßte unter anderem Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer, Stadtrat und Sozialdezernent Malte Spitzer, den Sozialdezernenten beim Landkreis Hildesheim, Ulrich Wöhler, den Vorstandsvorsitzenden des niedersächsischen Landesverbands des Deutschen Kinderschutzbunds, Johannes



Feiern 20 Jahre Blauer Elefant, von links: Ortsverbandsvorsitzender Hansjürgen Wolf, Landesverbandsvorsitzender Johannes Schmidt, Kinderhausleiterin Carla Mann und Ingo Theismann, Schatzmeister des Ortsverbands.

Schmidt, sowie die Bundestagsabgeordnete Ute Bertram (CDU), Brigitte Pothmer (Bündnis 90 /Die Grünen)

und Bernd Westphal (SPD). Nach den Grußworten der Gäste erläuterte Johannes Schmidt einige grundsätzliche

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
 Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
 soziale Gerechtigkeit

Prinzipien des Deutschen Kinderschutzbunds und verlieh Dorothea Thimian für ihre langjährige engagierte Vorstandsarbeit im Hildesheimer Ortsverband die Silberne Ehrennadel, die höchste Auszeichnung des Bundesverbands.

Im Anschluss gab es weitere Informationsbeiträge, unter anderem referierte die Leiterin der Kindertagesstätte, Carla Mann, zur Entwicklung des Kinderhauses. Geschäftsstellenleiterin Andrea Meyer umriss die Bedingungen und Anforderungen an

das Gütesiegel Blauer Elefant, das der Kinderschutzbund Hildesheim seit nunmehr 20 Jahren erfüllt. Die Veranstaltung wurde aufgelockert durch choreographische Darbietungen der Kindergartengruppe Kindertagesstätte Blauer Elefant.

Der Vorstandsvorsitzende des Hildesheimer Ortsverbands, Hansjürgen Wolf, führte durch die Veranstaltung und bedankte sich bei allen Beteiligten für die ideelle, finanzielle und praktische Unterstützung. Nur durch diese Mithilfe sei es dem Kinderschutzbund

möglich, auch in Zukunft zahlreiche Aktivitäten und Projekte zu entwickeln und damit eine starke Lobby für Kinder und Familien in Stadt und Region Hildesheim aufzubauen. Diese Aufgaben will der Hildesheimer Ortsverband auch in Zukunft im Sinne des Kinderschutzes erfüllen.

Hansjürgen Wolf
Vorstandsvorsitzender
Monika Starkebaum
Vorstandsmitglied
Deutscher Kinderschutzbund
Ortsverband Hildesheim e.V.

Kompetent. Professionell. Persönlich.



Wir beraten und vertreten Sie in den Bereichen:

- Rente
- Pflege
- Hartz IV
- Gesundheit
- Behinderung
- Patientenverfügung/
Vorsorgevollmacht

1917 - 2017

Der SoVD feiert sein
100-jähriges Jubiläum!

100 Jahre verlässlicher Partner an Ihrer Seite.

100
Jahre
SoVD
Sozialverband
Deutschland

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover
0511/70148-0 | info@sovd-nds.de | www.sovd-nds.de



Vom Bauwagen zum festen Zirkuszelt Kinderzirkus Kimarek feiert 30-jähriges Bestehen

Die paritätische Mitgliedsorganisation Verein zur Förderung der offenen Jugendarbeit e.V. hat am 15.07.2017 gleich mehrere Jahrestage gefeiert: 33 Jahre Verein, 30 Jahre Projekt „Kinderzirkus Kimarek“ und 25 Jahre Zirkuszelt. Zum Tag der offenen Tür in Achim waren daher ehemalige und aktive Zirkuskinder, deren Betreuer, Freunde, Familien und Förderer des Vereins sowie die örtliche Politik eingeladen. Es gab ein buntes Programm bestehend aus Bilder- und Videovorführungen, mehrere Spielstationen für Kinder, leckere Verköstigung und abends natürlich noch eine Zirkusvorstellung.



Das Projekt „Kinderzirkus Kimarek“ entstand 1987, drei Jahre nach Gründung des Vereins zur Förderung der offenen Jugendarbeit e.V. Das Ziel des Vereins war ursprünglich, viele offene Jugendgruppen zu unterstützen und in ihren Aktivitäten zu fördern. Damals reiste man mit einem Bauwagen durch die Dörfer des Landkreises Verden und bot Wochenendaktionen für Kinder an. Aus diesem Projekt heraus entstand die Zirkusidee.

Mit einfachen Mitteln wurde Kindern das Thema Zirkus nahegebracht. Die Vorstellungen fanden zunächst unter freiem Himmel statt. Der Wunsch, in einem Zirkuszelt auftreten zu können, wuchs stetig. 1989 erstellten die Vereinsmitglieder ein Zelt aus Dreiecksplanen aus den Beständen der NVA, welche zusammengeknüpft und von einem Holzmast hochgehalten wurden.

Doch dieses selbstgebaute Zirkuszelt flog 1992 vor einer Zirkusaufführung

Manege frei, von links: Sarah Katharina Mick vom Paritätischen Jugendwerk, Abteilungsleiterin Anne Günther, Vereinsvorsitzende Elisabeth Hauenschild und ein Zirkusclown vor dem stabilen Zirkuszelt.

davon, da es recht instabil war. Zur gleichen Zeit gab es in der ARD die Benefiz-Spielshow „Jetzt oder nie“. Darüber erhielt der Verein ein wunderbares Zirkuszelt, eigens für die Bedürfnisse des Vereins entworfen und von den Maßen her etwas kleiner als ein Profizirkuszelt.

Elisabeth Hauenschild, Vorsitzende des Vereins, freute sich anlässlich der Jubiläumsfeier sehr über das Kommen aller Anwesenden, die den Verein und das Zirkusprojekt zum Teil seit Jahrzehnten unterstützen. Sie wies darauf hin, dass seit 1996 zwei Zirkuslager mit je bis zu 80 Kindern in den Sommerferien stattfinden. Im Jahr 2007 gab es erstmals auch eine Woche für Jugendliche. Die Zielgruppe des Projekts sind Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 16 Jahren. Die Artistinnen und Artisten kommen überwiegend aus dem

Landkreis Wolfenbüttel, dem Landkreis Helmstedt und der Stadt Braunschweig. Es nahmen aber auch schon Kinder aus Göttingen oder Berlin teil.

Auch dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. sowie seinem Jugendwerk dankte Elisabeth Hauenschild für die über 30 Jahre währende Zusammenarbeit und Unterstützung.

*Anne Günther
Abteilungsleiterin Mitgliederförderung
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

„Schlag den Krebs!“

Präventionskampagne richtet sich an Kinder und Jugendliche

Seit 15 Jahren begleitet die Krebsberatungsstelle der paritätischen Mitgliedsorganisation Onkologisches Forum Celle e.V. Kinder und Jugendliche mit an Krebs erkrankten Angehörigen, um die psychosozialen und belastenden familiären Begleiterscheinungen abzumildern. Neben betroffenen Eltern wenden sich Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit Hilfsgesuchen für Kinder an die zwei damit beschäftigten Psychoonkologinnen des Forums. Die Kinder, die nicht selten auch pflegende Familienangehörige sind, belasten vor allem soziale Vernachlässigung und Isolation, Verlustängste und Trennungsschmerzen. Oft befinden sie sich mitten in einer systemischen Krise des familiären Umfelds. Im Onkologischen Forum gibt es für sie alle zwei Wochen psychoonkologisch begleitete Gruppentreffen, Einzelgespräche, Familienbegleitungen, Ausflüge und Familienwochenenden.

2002 unter dem Titel „Ja, ich bin auch noch da!“ gestartet, war das Projekt bundesweit eines der ersten dieser Art. Es hat seither rund 1.000 Kindern und Jugendlichen (und ihren Familien) mit Gruppenangeboten, Einzel- und Familiengesprächen, Tagesausflügen und Familienwochenenden geholfen. Derzeit begleitet die Krebsberatungsstelle auf diese Weise jährlich etwa 60 Familien mit mehr als 100 Kindern.

Aus Anlass des 15-jährigen Bestehens dieses sozial- wie gesundheitspräventiv erfolgreichen Projekts führt das Forum seit dem Frühjahr eine Präventionskampagne in Celle und dem Landkreis durch. Die Kampagne „Schlag den Krebs!“ wendet sich an



In den Percussion-Projekten von und mit Christian von Richthofen verleihen Kinder ihrer Wut auf den Krebs Ausdruck.
Foto: Fritz Gleiß

Sekundarschulklassen. Sie will über krebsfördernde Risiken informieren, vor allem aber für die Belastungen sensibilisieren, denen von Krebserkrankungen mitbetroffene Kinder und Jugendlicher ausgesetzt sind, das Hilfesystem bekannt machen, Betroffene stützen und stabilisieren sowie die Lebensfreude stärken.

Die Kampagne beinhaltet verschiedene Präventions- und Weiterbildungsangebote zur besonderen Belastung mitbetroffener Kinder, zur HPV-Impfung, zu Stress und psychosozialen Belastungen, zur Wirkung von Alkohol, Nikotin, Tabak und E-Zigaretten. Auch Übergewicht und mangelnde Bewegung werden thematisiert.

Expertinnen des „Onkoforums“ kommen in die Schulen zur Information und Sensibilisierung des Kollegiums und besuchen auf Einladung auch einzelne Klassen. Ein besonderer Schwerpunkt ist daneben die Initiierung von Percussion-Projekten, in denen die Kinder ihrer Wut auf den Krebs Ausdruck verleihen. Dafür konnte das Forum den renommierten Musiker Christian von Richthofen („AutoAu-

to!“) für mobilisierende Workshops gewinnen. Die Kampagne wird am 23.09.2017 mit einem Kulturevent mit Auftritten der Schülerinnen und Schüler und Shows auf einem Schrottplatz abgeschlossen, unter anderem mit einer einstündigen „AutoPercussion“ mit Christian von Richthofen, einer preisgekrönten Stelzenperformance und einer Feuershow.

*Fritz Gleiß
Öffentlichkeitsarbeit & Fundraising
Onkologisches Forum Celle e.V.*

Werben im Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

Wir beraten Sie dazu gerne.

Fordern Sie einfach unter report@paritaetischer.de

unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.



Vertrauen Sie unserer Expertise.

Zum Beispiel bei Bauvorhaben, Bewertung von Pflegeimmobilien, Investitionen, Factoring oder Leasing. Wir bieten Ihnen das gesamte Leistungsspektrum einer Universalbank, kombiniert mit jahrzehntelanger Erfahrung im Gesundheits- und Sozialwesen. Für Finanzplanung mit Umsicht.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Telefon 0511 34023-0 | bfshannover@sozialbank.de

www.sozialbank.de | www.spendenbank.de

Die Bank für Wesentliches

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Urkunde: Frauke Hünecke, Guttempler Lüneburg

Der Paritätische Stellenmarkt



PTZ
Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum
gemeinnützige GmbH

Wir sind eine soziale Einrichtung in der Stadt Einbeck mit ca. 130 Mitarbeitern/ Mitarbeiterinnen. Insbesondere behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche werden von uns mobil, ambulant oder teilstationär betreut und gefördert.

Für unseren **Sprachheilkindergarten Plapperschlange** und unsere **Praxis für Logopädie** suchen wir zum nächstmöglichen Termin eine/n

Logopädin/Logopäden oder Sprachtherapeutin/Sprachtherapeuten

in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung. Unser Sprachheilkindergarten ist eine Einrichtung für Kinder mit Sprachentwicklungsverzögerungen. In unserer Praxis für Logopädie werden alle Störungsbilder behandelt.

In kleinen multiprofessionellen Teams bieten wir Ihnen einen Arbeitsplatz, der selbstständiges Arbeiten ermöglicht und erfordert.

Wir bieten eine angemessene Vergütung auf individualvertraglicher Grundlage.

Ihre Aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte an:

Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ)
z.H. Herrn Geschäftsführer Ernsting
Fröbelstraße 1, 37574 Einbeck

Für telefonische Rückfragen stehen wir Ihnen gern unter der Telefonnummer 0 55 61 / 94 93 – 13 zur Verfügung.

Weitere Stellenangebote und Informationen finden Sie im Internet unter www.ptz-einbeck.de

Das EILENRIEDESTIFT in Hannover stellt ein:

Verwaltungsleitung (m/w)

Sie unterstützen die Stiftdirektorin in kaufmännischen Fragestellungen, so zum Beispiel:

- in der Verwaltung: bei der Sicherung und vorbereitenden Auswertung von Fachinformationen und Rechtsvorschriften, bei Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern, bei dem Anfertigen von Protokollen, Berichten und Aufstellungen.
- im Rechnungswesen: bei der Erstellung der Gewinn- und Verlustrechnung der Bilanz und des Jahresabschlusses sowie des Wirtschaftsplanes, bei der Bearbeitung des Versicherungswesen.

Darüber hinaus wirken Sie mit bei der Vorbereitung und Erstellung von Analysen sowie bei der Erhebung ausgewählter Kennzahlen.

Wir erwarten neben einer Fach- oder Hochschulausbildung und mehrjähriger einschlägiger Berufserfahrung, überdurchschnittliches Engagement, lösungsorientiertes Arbeiten verbunden mit Kooperationsbereitschaft und sozialer Kompetenz.

Wir bieten Ihnen einen anspruchs- und verantwortungsvollen Tätigkeitsbereich im EILENRIEDESTIFT. Die Stelle ist der Stiftdirektion direkt unterstellt.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen bis zum 29.09.2017 mit Ihren Gehaltsvorstellungen an:

EILENRIEDESTIFT e.V.

Personalabteilung
Bevenser Weg 10
30625 Hannover
kerstin.haak@eilenriedestift.de
www.eilenriedestift.de





Die **Lebenshilfe Salzgitter e.V.** besteht seit 1964 und ist ein gemeinnütziger Verein und sozialer Dienstleister für die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen. An verschiedenen Standorten im Stadtgebiet Salzgitters unterstützen wir Menschen mit Beeinträchtigungen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen.

**Die WfbM „Sölter Dienstleister“
(Anerkannte Werkstatt für psychisch beeinträchtigte Menschen)
sucht für den Berufsbildungsbereich Gartenlandschaftspflege bzw.
Blumengärtnerei zum 01.10.2017 eine**

**Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung (m/w)
(Teilzeit, 25 Std./Woche)**

Ihre Aufgaben:

- Ausbildung und Anleitung nach vorgegebenen Bildungsplänen in der Fachrichtung Garten- und Landschaftspflege
- Arbeitsbegleitende Unterstützung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
- Hilfebedarfsermittlung nach HMB- T mit darauf aufbauender Förderplanung und Verlaufsdocumentation
- Unterstützung bei der Vorbereitung für Praktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
- Sicherer Umgang in der Nutzung von Arbeitsgeräten und deren verantwortliche Pflege und Instandhaltung
- Führen von Dienstfahrzeugen

Ihr Profil:

- Gärtner/in oder vergleichbare Qualifikation
- Besitz eines gültigen Führerscheins der Klasse B

Wir erwarten:

- Team-, Kommunikations-, und Kooperationsfähigkeit
- Flexibilität entsprechend der Aufgaben
- Bereitschaft zum freundlichen/sachlichen Umgang mit Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
- Empathievermögen, Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein
- Kunden-, Ziel- und ergebnisorientiertes Handeln
- Planung von Schulungen und Unterweisungen
- Selbstverständlichkeit bei der Unterstützung in der Grundpflege

Wir bieten:

- Abwechslungsreiches und eigenständiges Beschäftigungsfeld
- Fortbildungen
- Vergütung entsprechend der hausinternen Vergütungsregelung
- Betriebliche Altersvorsorge

Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen von Menschen mit Behinderung bevorzugt. Auskunft zur Stellenausschreibung erhalten Sie von Herrn Kowol (Tel. 05341 872280). Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte unter Angabe der Kennziffer **18-17-08-21** an:

Lebenshilfe Salzgitter e.V.
Personalwesen
Kreuzacker 2, 38259 Salzgitter
oder per E-Mail (PDF): personal@lebenshilfe-sz.de

Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt und nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzkonform vernichtet.



Die **Lebenshilfe Salzgitter e.V.** besteht seit 1964 und ist ein gemeinnütziger Verein und sozialer Dienstleister für die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen. An verschiedenen Standorten im Stadtgebiet Salzgitters unterstützen wir Menschen mit Beeinträchtigungen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen.

**Die WfbM „Sölter Dienstleister“
 (Anerkannte Werkstatt für psychisch beeinträchtigte Menschen)
 sucht für den Berufsbildungsbereich Hauswirtschaft bzw. für den Arbeitsbereich
 Verteilerküche zum 01.10.2017 eine**

**Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung (m/w)
 (Teilzeit, 25 Std./Woche)**

Ihre Aufgaben:

- Ausbildung und Anleitung nach vorgegebenen Bildungsplänen in der Fachrichtung Verteilerküche
- Arbeitsbegleitende Unterstützung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
- Hilfebedarfsermittlung nach HMB- T mit darauf aufbauender Förderplanung und Verlaufsdokumentation
- Unterstützung bei der Vorbereitung für Praktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
- Führen von Dienstfahrzeugen

Ihr Profil:

- Hauswirtschaftsmeister/in, Hauswirtschaftsfachkraft (m/w) oder vergleichbare Qualifikation
- Kenntnisse über das Infektionsschutzgesetz
- Besitz eines gültigen Führerscheins der Klasse B

Wir erwarten:

- Team-, Kommunikations-, und Kooperationsfähigkeit
- Flexibilität entsprechend der Aufgaben
- Bereitschaft zum freundlichen/sachlichen Umgang mit Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
- Empathievermögen, Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein
- Kunden-, Ziel- und ergebnisorientiertes Handeln
- Planung von Schulungen und Unterweisungen
- Selbstverständlichkeit bei der Unterstützung in der Grundpflege

Wir bieten:

- Abwechslungsreiches und eigenständiges Beschäftigungsfeld
- Fortbildungen
- Vergütung entsprechend der hausinternen Vergütungsregelung
- Betriebliche Altersvorsorge

Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen von Menschen mit Behinderung bevorzugt. Auskunft zur Stellenausschreibung erhalten Sie von Herrn Kowol (Tel. 05341 872280). Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte unter Angabe der Kennziffer **19-17-08-21** an:

Lebenshilfe Salzgitter e.V.
Personalwesen
Kreuzacker 2, 38259 Salzgitter
oder per E-Mail (PDF): personal@lebenshilfe-sz.de

Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt und nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzkonform vernichtet.



Verein für betreuendes Wohnen und Tagesstrukturierung psychisch Gesunder e.V.

Seit der Gründung in 1989 hat sich beta89 zu einer der führenden Non-Profit-Organisationen zur Förderung und Unterstützung psychisch gesunder Erwachsener in der Region Hannover entwickelt. Mit über 50 Mitarbeiter*innen bieten wir Angebote zu ambulant betreutem Wohnen, medizinisch-beruflicher Rehabilitation, Teilhabeleistungen in Tagesstätte und Kontaktstelle sowie Tagesstrukturierung durch Betätigung.

Im Rahmen einer Altersnachfolgeregelung suchen wir zum 01.04.2018 für unsere Geschäftsstelle in Hannover eine*n

Geschäftsführer*in

Aufgabengebiete:

- Übernahme der operativen Tätigkeit mit direkter Berichtslinie an den Vorstand
- Erzielung von betriebswirtschaftlichen Erfolgen unter Berücksichtigung der Balance zwischen Marktfragen und Bedarfen der Klienten
- verantwortliche Erstellung der Bilanzen
- Gewinnen und Verwalten von Förder- und Investitionsmitteln
- erfolgreiche Verhandlungsführung mit öffentlichen Trägern
- Kooperatives Netzwerken mit Verbänden und Gremien
- Analyse der Klientenbedarfe zur Entwicklung neuer Versorgungskonzepte
- Organisation, Kontrolle und Optimierung der Verwaltungsabläufe
- Mitarbeiterführung, -entwicklung, -gewinnung in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitungen

Ihr Profil:

- mehrjährige Führungserfahrung in leitender Tätigkeit mit Budgetverantwortung in einer Non-Profit-Organisation im sozialen Bereich
- fundierte betriebswirtschaftliche Kenntnisse durch Studium oder Weiterbildung
- profunde Erfahrung im Finanz- und Rechnungswesen sowie Bilanzerstellung
- sehr gute Kenntnisse im Arbeits- und Sozialrecht sowie den gesetzlichen Rahmenbedingungen
- überzeugende, gleichzeitig integrierende Persönlichkeit mit hoher Eigenmotivation
- Kreativität sowie ganzheitliches Denken und Planen
- kooperativer Führungsstil

Das bieten wir:

- herausfordernde, verantwortliche unternehmerische Managementaufgabe mit vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten
- gutes Betriebsklima in einem Team motivierter und kompetenter Mitarbeiter*innen
- leistungsgerechte Bezahlung in Anlehnung an TVöD
- solide finanzielle Basis
- effektive Vernetzung
- langfristige Perspektive

Sind Sie interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre e-Mail Bewerbung mit den üblichen Unterlagen als pdf-Datei an: personal@beta89.de
www.beta89.de

Bitte beachten Sie, dass gedruckte Unterlagen nicht zurückgesandt werden. Bewerbungsunterlagen werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht. Angebote von Personaldienstleistern sind nicht erwünscht.



Am Gutspark

Wir leben Pflege.

Das Seniorenwerk ist eine gemeinnützige, stetig wachsende Unternehmensgruppe. Wir bieten den uns anvertrauten Bewohnern und Klienten stationäre und ambulante Pflegedienstleistungen zu fairen Bedingungen. Die optimale, individuelle Versorgung und der sorgsame Umgang mit Menschen ist unser Credo. Die Liebe zu unseren Berufen ist unser Antrieb.

Wir suchen

Examierte Pflegefachkraft (w/m)

für unsere Einrichtung Am Gutspark in Hannover-Bemerode zur Unterstützung unseres Teams. Wir bieten für sofort eine Stelle in Vollzeit oder Teilzeit.

Das bringen Sie mit

- Ausbildung zur/zum Altenpfleger/-in oder Gesundheits- und Krankenpfleger/-in
- Sehr gute Umgangsformen und gepflegtes Erscheinungsbild
- Spaß an der Mitgestaltung des Alltags unserer Bewohner
- Engagement, Kontaktfreudigkeit und Teamgeist
- Leitungserfahrung (wünschenswert)

Das bieten wir Ihnen

- Familiäres Arbeitsklima
- Moderne Einrichtungen mit sehr guter Ausstattung
- Weiterbildungen, gute Entwicklungsmöglichkeiten
- Unterstützung durch ein zentrales Qualitätsmanagement
- Faire Bezahlung und betriebliche Altersvorsorge

Das sind Ihre Aufgaben

- Umsetzung des Pflegekonzepts
- Sicherung und Dokumentation der Pflegeprozesse und der Pflegeplanung
- Sicherung der Grund- und Behandlungspflege



Seniorenwerk
Am Gutspark

Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband  DER PARITÄTISCHE
UNTER WELTVERBAND

Haben Sie Interesse? Sprechen Sie mich an: Mario Meyer
Seniorenpflegeheim Am Gutspark · Am Gutspark 1 · 30539 Hannover
☎ 05 11 89 88 05-0 · ☎ 05 11 89 88 05-29

Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine
Kurzbewerbung
(zwei bis drei Sätze) oder
ihre Ausschreibung an
report@paritaetischer.de
oder
Fax 05 11 5 24 86-3 33.

**Die Veröffentlichung
ist kostenlos!**

ACHTUNG

Für die Ausgabe 04/2017 des
Parität Report ist
Redaktionsschluss am

**Montag,
6. November 2017**

Bitte schicken Sie Ihre
Beiträge und Bilder in
druckfähiger Größe
(ab 1 MB, Einzeldatei) an
report@paritaetischer.de

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschafts-Planung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 05 11 / 5 24 86-367

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 05 11 / 5 24 86-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

N.N.

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 05 11 / 5 24 86-373

Europa,

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit

Information und Beratung zu EU-Förderprogrammen

Agnieszka Krawczyk-Balon

Tel. 05 11 / 5 24 86-384

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungs-konzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Fabian Hüper

Tel. 05 11 / 5 24 86-361

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 05 11 / 5 24 86-378

Christiane Häberle

Tel. 05 11 / 5 24 86-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 05 11 / 5 24 86-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Michael Schmunk

Tel. 05 11 / 5 24 86-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Peter Schmidt

Tel. 05 11 / 89 72 57-50

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Ohmsen

Tel. 05 11 / 5 24 86-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 05 11 / 5 24 86-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Seminare

Interne und externe Schulungen

Astrid Schöne

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 05 11 / 52486-372

Fachbereiche des Paritätischen Niedersachsen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
Paritätischer Wolfsburg
Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel. 0 53 61 / 29 50-15
Fax 0 53 61 / 29 50-21
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Florian König
GBA Gemeinnützige
Gesellschaft
für Behindertenarbeit mbH
Liebigstraße 6
30851 Langenhagen
Tel. 05 11 / 96 69 90
Fax 05 11 / 96 69 93 6
florian.koenig@paritaetischer.de

Bildung

Agnieszka Krawczyk-Balon
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-384
Fax 05 11 / 5 24 86-332
agnieszka.krawczyk-balon@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-367
Fax 05 11 / 5 24 86-332
eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Dominik Baier
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
Fax 05 11 / 5 24 86-332
dominik.baier@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
Paritätischer Helmstedt
Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel. 0 53 51 / 5 / 41 91-4
Fax 0 53 51 / 5 41 91-66
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
Paritätischer Wolfenbüttel
Rosenwall 1
38300 Wolfenbüttel
Tel. 0 53 31 / 9 05 46-50
Fax 0 53 31 / 9 05 46-11
karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-365
Fax 05 11 / 5 24 86-333
birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
anne.guenther@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-383
Fax 05 11 / 5 24 86-332
regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
Eurosozial e. V. – Paritätischer
Verein für deutsch-polnische und
europäische Zusammenarbeit
Marienbruchstraße 61/63
38226 Salzgitter
Tel. 0 53 41 / 84 11 94
k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Dominik Baier
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
Fax 05 11 / 5 24 86-332
dominik.baier@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel. 0 50 21 / 92 24-14
Fax 0 50 21 / 92 24-11
bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
Paritätischer Braunschweig
Jugend- und Drogenberatung
Braunschweig DROBS
Kurt-Schumacher-Straße 26
38102 Braunschweig
Tel. 05 31 / 2 20 90-0
Fax 05 31 / 2 20 90-90
petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Tageseinrichtungen für Kinder

Klaus-Dieter Fortmeyer
Paritätischer Cuxhaven
Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel. 0 47 21 / 57 93-62
Fax 0 47 21 / 57 93-50
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
anne.guenther@paritaetischer.de

Abteilungsleitungen des Paritätischen Niedersachsen Leiterinnen und Leiter

Abteilung I:
Kreisverbände/Sozialzentren

Harald Fischer
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-389
Fax 05 11 / 5 24 86-333
harald.fischer@paritaetischer.de

Abteilung III:
Personalwesen

Holger Büttner
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-327
Fax 05 11 / 5 24 86-333
holger.buettner@paritaetischer.de

Abteilung V:
Selbsthilfe/Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Abteilung II:
Finanzen

Monika Bullmann
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-378
Fax 05 11 / 5 24 86-333
monika.bullmann@paritaetischer.de

Abteilung IV:
Mitgliederförderung

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-333
anne.guenther@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen Niedersachsen Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-333
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Nadja Kunzmann
Freiwilligen-Agentur des
Paritätischen Hameln
c/o Familie im Zentrum
Osterstraße 46
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 57 61-27
nadja.kunzmann@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel. 0 50 21 / 97 45-15
Fax 0 50 21 / 97 45-11
wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

Nikolai Nemitz
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-342
Fax 05 11 / 5 24 86-332
nikolai.nemitz@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-332
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Kontakt- und Beratungsstellen

für Selbsthilfegruppen
Regina Heller
Paritätischer Hameln
Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 5 76-113
regina.heller@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
Lebenshilfe Hameln e. V.
Sprachheilkindergarten
Burgstraße 4
31855 Aerzen
Tel. 0 51 54 / 38 05
Fax 0 51 54 / 7 09 00 08
irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Mitglieder des Verbandsrats (Wahlperiode 2016 bis 2020)

Vorsitzende des Verbandsrats

(jährlich alternierend)

Ulla Klapproth

(2016, 2018, 2020)

Kleiner Horbeck 5
37191 Gillersheim
Tel. 0 55 56 / 15 66
Fax 0 55 56 / 50 78
ulla.klapproth@t-online.de

Kurt Spannig (2017, 2019)

c/o Psychiatrische Klinik
Uelzen gGmbH
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 38 95-301
Fax 05 81 / 38 95-5300
k.spannig@pk-uelzen.de

Clemens Ahrens

Dorothea-Erxleben-Str. 6
38116 Braunschweig
Tel. 0 53 21 / 33 71-215
clemens.ahrens@
lebenshilfe-goslar.de

Dr. Thomas Beushausen

Bonatzweg 2
30559 Hannover
Tel. 01 77 / 3 06 51 13
beushausen@hka.de

Knut Böhme

Brabeckstr. 3
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 17 92 22
Tel. 01 70 / 8 30 56 32
info@k-boehme.de

Meike Dzemski

Hilde-Domin-Str. 22
26127 Oldenburg
Tel. 04 41 / 68 19 78
meike.dz@web.de

Silke Gerike

Am Mesterwinkel 19
30952 Ronnenberg
Tel. 01 71 / 4 96 53 65
silke.gerike@gmail.com

Bernd Göddertz

Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 0 51 21 / 9 99 07 87
bernd.goeddertz@gmx.de

Tina Hellmann

Hauptstr. 5
37191 Wachenhausen
Tel. 01 52 / 23 67 56 26
tina.hellmann@web.de

Martin Kupper

c/o Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Jahnstr. 2
37170 Uslar
Tel. 0 55 71 / 92 43-141
Fax 0 55 71 / 92 43-112
kupper@familienwerk.de

Stephan Liedke

Alewinstr. 15
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 97 64 20
stephanliedke@stadorfev.de

Hue Mende

Großer Stein 16
26789 Leer
Tel. 04 91 / 9 60 51 78
Fax 04 91 / 9 60 51 63
hmende@lebenshilfe-leer.de

Christina Müller-Matysiak

Langes Feld 68
30974 Wennigsen
Tel. 0 51 03 / 70 66 63
Fax 05 11 / 1 61 32 40
mueller.matysiak@juronet.de

Jens Pannemann

Rebenstr. 17
26121 Oldenburg
Tel. 0 44 01 / 45 88
Fax 0 44 01 / 45 80
dksb.brake@t-online.de

Monika Placke

Walter-Haas-Str. 32
49088 Osnabrück
Tel. 05 41 / 7 63 87
Tel. 01 70 / 8 14 10 37
monika.placke@freenet.de

Mathias Reisewitz

c/o Arcus Peine gGmbH
Woltorfer Str. 7
31224 Peine
Tel. 0 51 71 / 59 12 50
Fax 0 51 71 / 59 12 40
takt@arcus-peine.de

Bolko Seidel

Am Flugplatz 9
31137 Hildesheim
Tel. 0 51 21 / 1 70 98 60
Fax 0 51 21 / 1 70 98 78
bolko.seidel@lhhi.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Birgit Eckhardt

Vorsitzende

Rainer Flinks

stellv. Vorsitzender

Paritätischer Wohlfahrts-
verband Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
Fax 05 11 / 5 24 86-333
landesverband@
paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Karin Ruth Diederichs †

Vorsitzende 1980 bis 1988
Ehrenvorsitzende
1988 bis 2017

Günter Famulla

Vorsitzender 1997 bis 2009
Ehrenvorsitzender
seit 2009

Wolfgang Neubelt †

Direktor 1956 bis 1988
Vorsitzender 1988 bis 1997
Ehrenvorsitzender
1997 bis 2015

Bianca Weihmann

Seebohmstr. 1
31688 Nienstädt
Tel. 0 57 21 / 7 27 86
bweihmann@t-online.de

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Nadja Fischer
nadja.fischer@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

c/o Herrn Hans-Jürgen Lehmann
Blumenstraße 9
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 40 59 69 99
GF: Hans-Jürgen Lehmann
paritaet.dlp@online.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax.: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax.: (0 42 21) 15 25-15
GF: Thomas Heyen
thomas.heyen@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax.: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax.: (0 49 21) 93 06-16
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax.: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax.: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax.: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar-Seesen

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax.: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax.: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Grafsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (01 60) 44 04 02-4
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax.: (0 51 51) 5 99 77
GF Olaf Heilig
olaf.heilig@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax.: (05 11) 9 62 91-13
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax.: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax.: (0 53 51) 54 19 1-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax.: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax.: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Von-Jhering-Straße 8
26789 Leer
Tel.: (04 91) 9 25 31-0
Fax.: (04 91) 9 25 31-31
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax.: (0 58 61) 87 50
GFin: Susanne Guhl
susanne.guhl@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax.: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax.: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim c/o Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax.: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 7 79 00-0
Fax.: (04 41) 7 79 00-22
GF: Sebastian Vatterodt
sebastian.vatterodt@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Kleebergstraße 10
49086 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax.: (05 41) 4 08 04-25
GF: Michael Laszewski
michael.laszewski@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax.: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax.: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax.: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Neue Straße 21
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax.: (0 47 61) 7 11 91
GF: Olaf Tietjen
olaf.tietjen@paritaetischer.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax.: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax.: (0 57 22) 95 22-18
GFin: Martina Silberkuhl
martina.silberkuhl@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Paritätischer Betreuungsverein Stade

Thuner Straße 4
21680 Stade
Tel.: (0 41 41) 60 00 90-24
GF: Olaf Tietjen
olaf.tietjen@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

Veerßer Straße 92
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax.: (05 81) 97 07-20
GF: Stefan Müller-Teusler
stefan.mueller-teusler@paritaetischer.de

Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax.: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 44 01) 45 88
Fax.: (0 44 01) 45 80
GFin: Hannelore Bohlken
hannelore.bohken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax.: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Jürgen Hoffmann
juergen.hoffmann@paritaetischer.de

Paritätischer Wittmund

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax.: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax.: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de